

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. Ausgabe D. 1946-1950 1948

26 (26.6.1948)

WIRTSCHAFTSREVUE

WIRTSCHAFTS- W O C H E N S C H R I F T

Nr. 26 — 3. Jahrgang — 1. u. 2. H. D. G. A. A. 1948

Konstanz/Bodensee, den 26. Juni 1948

Ausg. D Preis —.50 Deutsche Mark

Das Experiment

In unserem ersten Kommentar zum Währungsgesetz stellen wir bereits fest, daß das ganze Werk den Eindruck der Unfertigkeits macht. Dieser Eindruck ist ein in Laufe der Jahre wesentlich verstärkt. Aus Gründen, die wir nicht kennen, aber hier nicht weiter erläutern wollen, ist mit ungenügender Eile ein Zahlungsmittelentwurf vorgenommen worden, der nicht im mindesten vorbereitet war. Die reibungslose Ausgabe des neuen Geldes ist wirtschaftlich gesehen, nach lange kein Beweis gegen diese These. Nicht nur, daß man die Scheidemünzen vorlesen oder keine Zeit mehr hatte, sie prägen zu lassen, sondern, was viel schlimmer ist und den Erfolg der ganzen Aktion geradezu gefährdet, ist die man schon nicht mehr beizubehaltende Tatsache, daß man eine Währungsreform gemacht hat ohne jede kreditpolitische Anweisung. Man hat jedem Deutschen eine Kopfgüte gegeben, und die Ausgabe der betrieblichen Kopfgüten hat begonnen. Aber woher sollen die Gelder für die Löhne, woher die Gelder für die Gehälter am 1. Juli kommen? An die Beamten hat man gedacht und in dem ganz klaren ausführlichen Paragraphen 15 die Auszahlung dieser Gehälter sichergestellt, aber an den Arbeiter und den Angestellten im privaten Unternehmen hat man nicht gedacht. Überall in der privaten Wirtschaft ist die Auszahlung der Gehälter nicht nur gefährdet, sondern fast unmöglich. Es sind infolgedessen auch schon von Seiten der Unternehmensleiter Schritte unternommen worden, um die ernsten sozialen Gefahren, die da heraufbeschworen werden, zu bannen.

Nicht einmal über die Auslegung wichtiger Paragraphen herrscht Einigkeit. Wieviel Auslegungen hat allein der § 3 des Gesetzes bekommen? Auch die Rundfunkkommentare stimmen nicht.

Die deutsche Wirtschaft muß sparen. Wir leisten unsere Beitrag zu dieser Pflicht durch eine starke Preislenkung. Den gewaltigen Umfang werden wir nach Möglichkeit auch in Zukunft beibehalten.

Reiche Informationen und hochqualifizierte, aktuelle Berichterstattung werden wir weiter liefern. Darüber hinaus geben wir der praktischen Beratung und Beantwortung von Fragen aus dem Leserkreis weiteres Raum. Aufschlußreiche Kommentare ergänzen sie.

Die Leser betonen unsere publizistische Arbeit oft mit ihrer Zustimmung und regen damit ihr Vertrauen zu uns. Wir werden uns bemühen, dieses Vertrauen zu wahren.

Verlag und Redaktion.

neuer Preis -.50

Nach dem ersten Schock

Unsere Ratschläge zum Übergang — Schweizer Presse zur D-Mark — Was sagt das Ruhrgebiet? — Bewirtschaftete Güter werden frei — Berlin erhielt zwei Währungen — Ermäßigte Lohnsteuer — Erläuterungen zu Paragraph 5 — Lohnspirale setzt an — Wir antworten auf Anfragen

Die Wirtschaftsbeurteilung der Wirtschafterscheu hat einen ungeheuren Wiederhall gehabt. Händler von der letzten Nummer beigekommen und laufen weiter ein. Die Fragen, die wir gestellt haben, sind auch die Fragen gewesen, die unsere Leser gehabt haben. Wir wollen nun im einzelnen darauf antworten, nach dem Stande der neuesten Nummer beantwortet werden die in der nächsten Nummer eingegangenen Fragen — wieder nach dem neuesten Stand. — Fragen Sie uns also weiter!

Die wichtigste Frage, die wir auch an die Spitze gestellt haben, war die Frage nach der Beschaffung der nötigen Betriebsmittel. Dafür stehen mehrere Quellen zur Verfügung.

1. Quelle: Die Möglichkeiten des § 17. Jeder Betrieb kann bis zum 26. Juni, also am Tage des Erscheinens dieser Zeitung, den bekannten Antrag stellen und wird dann 40 Deutsche Mark auf den Kopf jedes seiner Arbeiter und Angestellten erhalten. Soweit er RM-Guthaben in dieser Höhe auf dem Konto hatte. Diese Beträge sind nur als Betriebsmittel gedacht. Sie sollen verwendet werden zu Mieten, Porto, Reisekosten, zur Erhaltung von kleinen Maschinen, die über geschäftliche Unfälle gehen, dazu Licht, Gas, Wasser usw. Kettenschiffe sollen nur diesen Beträgen Lohn oder Gehalt gezahlt werden. Damit wäre eigentlich die Frage nach der Beschaffung der nötigen Betriebsmittel gelöst. Der § 17 bedeutet praktisch die Kopfgüte der Betriebe, analog der Kopfgüte jeder Person, die am Sonntag ausreißt, wurden ist. Mit diesen Betriebsmitteln muß der Unternehmer selbstverständlich hausbützlich umgehen, bis er aus dem eigenen Geschäft wieder Einnahmen hat, die er zu diesem Zweck verwenden kann.

2. Quelle: Der Verkauf von Gütern und Leistungen. Die Absicht der Gesetzgeber war, durch die Knappheit der Zahlungsmittel die Unternehmer zu zwingen, ihre Vorräte und Lager auf den Markt zu bringen. Bei der Knappheit an Zahlungsmitteln wird dies nicht leicht sein, zumal wenn es sich um Artikel von höherem Wert handelt. Wir kommen auf die Notwendigkeit von Preisobergrenzen unten zurück.

3. Quelle: Der Kredit. Was darüber zu schreiben ist, verbindet wir mit der Antwort auf die zweite bei unserer Postverfälschung gestellte Frage nach den Schwierigkeiten bei Lohn- und Gehaltszahlungen.

Dazu müssen wir zunächst eine Auslegung des § 5 des ersten Währungsgesetzes geben. Dieser § ist bisher sehr umstritten gewesen. Hier die amtliche Auslegung:

1. Alle nach dem 20. Juni fällig werdenden Löhne und Gehälter sind in voller Höhe in Deutsche Mark zu zahlen.

2. Auf Grund des Moratoriums brauchen Löhne und Gehälter, die vor dem

26. Juni fällig werden, erst nach diesem Termin gezahlt zu werden. Bei späterem Fälligkeitstermin bleiben es bei dem vertraglich festgelegten Zahlungs.

3. Zu der besonders strittigen Frage der Nachzahlungspflicht bei erst nach dem 26. Juni vorzunehmenden Zahlungen nimmt die Währungsabteilung der Bank deutscher Länder folgenden Standpunkt ein: Fällt der erste planmäßige Zahlungstermin für nach dem 26. Juni fällig werdende Löhne und Gehälter auf einen späteren Tag als den 26. Juni so ist eine Nachzahlung zu leisten, u zwar sowohl bei im voraus wie bei nachträglich gewährten Beträgen. Möglichst für diese Auslegung ist die Überlegung, daß die Lebenshaltung bis zum 26. Juni einschließlich mit Reichsmark und vom 27. bis 30. Juni einschließlich aus dem Kopfbetrag zu bestreiten war, und daß die von 30. Juni an zu leistende Neuzahlung in Deutsche Mark zu decken ist.

4. Der Berechnung der Nachzahlung werden die Nebenabgaben — also Löhne oder Gehälter städtischer Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträge — zu Grunde gelegt und davon der auf die Zeit vom 26. Juni bis zum 1. Juli der Lohnbetrag abgezogen. Die Teilbezüge werden ohne monatliche Abzüge als Nachzahlung zu leisten.

5. Fällig ist diese Nachzahlung am 3. Juli.

Zur Berechnung dieses Betrages stehen den Betrieben wieder 3 Quellen zur Verfügung: 1. Der Verkauf von Waren, 2. Der Rückgriff auf die alten Konten, 3. Der Weg des Kredits. Der erste Weg ist klar, aber schwer zu gehen. Der zweite Weg ergibt sich aus den Gesetzen, die die Abwertung der alten Konten regeln. Der nach der Abwertung auf den Konten verbleibende Betrag, also HP's, wird vermindert teilweise in den nächsten Tagen verfügbar sein. Auch über den Rest wird man verhältnismäßig rasch verfügen können, so daß die Betriebe damit rechnen dürfen, in einer gewissen Frist über etwa 10% ihrer früheren Guthaben disponieren können. Nicht dieser Betrag nicht aus, sei es, daß man überhaupt zu wenig Guthaben nach der Abwertung noch hat, sei es, daß der Rest noch nicht frei verfügbar ist, bis man die nächsten Löhne zahlen muß, dann kann man entweder mit kleinen Vorschüssen beginnen oder den Kreditweg — und damit sind wir bei der dritten Quelle — beschreiten. Mit Beginn der nächsten Woche wird der Warenwechsel wieder in Funktion treten. Die Aktepte werden die normale Laufzeit von drei Monaten haben. Es wird aber von den Kreditinstituten immer wieder ausdrücklich erklärt, daß nur echte Warenwechsel revidiert werden, d. h. man will zu dem alten soliden System zurückkehren. Der Lieferant stellt aus, der Händler oder der Empfänger der Ware akzeptiert und die Bank diskontiert. Es wird manchen Unternehmen schwerfallen, „ger zu schreiben“, weil er vielleicht

in seinem ganzen Leben noch nie Wechsel unterschrieben hat. Aber er darf dabei nicht vergessen, daß eine Währung, die nicht auf Gold abgestellt sein kann, nur in echten Warenwechseln ihre Sicherheit finden kann. Da außerdem die Laufzeit 3 Monate beträgt, wird und nicht, wie es zunächst schien, 4 Wochen, wird er trotz aller Unsicherheit die die Geldumstellung mit sich brachte, wohl doch das Risiko des Wechsels tragen können. Persönliche, allerdings, wird es in absehbarer Zeit nicht geben, schon um die Währung nicht sofort wieder von der Stelle des Girogeldes her zu gefährden.

Bei der dritten Frage, die wir stellen, nämlich die Möglichkeit der Rohstoffbeschaffung, verwenden wir auf die in allen Kommentaren von Seiten der Militär-Regierungen hervorgehende Ansicht, daß die Lieferungen aus dem ERP-Programm in erhöhtem Umfang nach Deutschland weiter laufen werden. Die Finanzierung der Rohstoffbeschaffung dürfte die wenigsten Schwierigkeiten schaffen, weil hier der Handelswechsel ja wirklich am Platze ist. Schwierig bleibt nur die Rohstoffbeschaffung selbst, weil davon oben nicht genug vorhanden ist. Immerhin ist anzunehmen, daß durch die Verknappung des Geldes, Rohstoffe, die schon in Deutschland lagern an den Markt kommen und es bleibt dann die Geschicklichkeit des Unternehmers überlassen, zu welchen Preisen er einkauft oder mit welchem Preis, mit welchem Preis er sich weidmütig belasten will; denn nach drei Monaten muß er den Wechsel einlösen, muß also in seinen Fertigerwaren Preise erzielt haben, mit denen er die Rohstoffpreise bezahlen kann. Gerade durch die Wechselver-

pflichtung wird die Vorsicht bewirkt, die bei der Gewährung von Rohstoffpreisen notwendig ist. Diese Vorsicht wird die Rohstoffpreise am freien Markt niedrig halten.

Über Exportausstellungen, die wir in der 4. Frage stellen, heute schon zu sprechen, wäre verfrüht. Das läßt sich erst machen, wenn die neuen Umrechnungskurse bekannt sind. Auch die neue Zusammenarbeit zwischen JEIA und Ofitecom wird sich erst einstellen müssen. Verträge laufen im Export die Verträge weiter und die getätigten Abschüsse werden in Deutscher Mark bezahlt. Daran hat sich nichts geändert, was auch ganz deutlich aus dem § 3 des ersten Gesetzes hervorgeht. Nur eine Erweiterung oder Verringerung des Exportes hängt davon ab, wie teuer nach der Geldumstellung die deutschen Waren sein werden und

Perisierung auf Seite 2

Wir empfehlen für die nächsten Tage

Die Wirtschaftsrevue begibt sich nicht damit, die Fragen zu beantworten, die die Leser stellen und die sich aus dem allgemeinen Wirtschaftsbild ergeben, die wir mit unserer Postverfälschung eingeleitet haben. Deren hinaus wollen wir vielmehr Ratgeber für unsere Leser geben und auf Fragen antworten, die zwar nicht aus einer gestellt sind, die aber mancher sich stellen muß. Wir wollen unseren Lesern zeigen, wie sie ihre Geschäfte weiterführen können und worauf sie in der nächsten Zeit zu achten haben.

Heute beginnen wir damit, drei wichtige Probleme zu erörtern, die sich für jeden Unternehmer ergeben werden und ihm einen Leitfaden für die praktische Handhabung zu geben.

1. Welche Geschäfte tätige ich in den nächsten Tagen?
2. Wie stelle ich mich zu Kündigungen an?
3. Was bedeutet die körperliche Restschuldabnahme und wie mache ich sie?

Für die laufenden Geschäfte kommt es selbstverständlich auf die Branche an. Heute wollen wir den Einzelhandel, Handwerk und den Großhandel herausgreifen.

Der Einzelhandel wird gut daran tun, nur ganz kurzfristige und kleine Käufe zu tätigen, das knapp gewordene Kapital sehr schnell und intensiv in Umlauf zu halten. Der Einzelhändler wird versuchen, müssen möglichst rasch, wenn nicht dreimal innerhalb des durch das Dreimonatskredit gegebenen Zeitraums seine Ware umzuschlagen; kleine Beträge, kleine Akzeptummen und kleiner Nutzen, alles zusammen, seine Leistungskraft wird, wenn er dieses System befolgt, ungeheuer steigen und selbst der kleinste Nutzen wird sich auf das Jahr umgerechnet, zu einem großen Nutzen auswirken. Außerdem hat dieses System den Vorteil der Sicherheit gegenüber den Fälligkeitstagen des Akzept. Kleine Summen sind schneller fällig zu machen als große. Der Einzelhändler muß völlig anders disponieren wie früher. Er sollte seinen Lieferanten dadurch bei Lieferfrühdigkeit halten, daß er ihm laufend abnimmt, auch wenn es kleine Mengen sind. Der Einzelhändler erwartet dadurch zwangsläufig seinen Lieferanten, was ihm wiederum die Sicherheit gibt, auf alle Fälle beliefert zu werden, wenn nicht von dem einen so von dem anderen Lieferanten. Wir raten also dringend davon ab, den von nächster Woche an möglichen Akzeptkredit in weite große Lieferungen zu stecken. Auch die Anpassungsfähigkeit an die Preise ist bei kleinen Abschüssen größer als bei großen. Wir empfehlen also dem Einzelhändler für die nächste Zeit, kleine Einkäufe bei kleinstem Umsatz.

Das gleiche empfehlen wir dem Handwerk. Das Handwerk sollte kleinere Aufträge, die schnell realisierbar sind, bevorzugen. Soweit nach Rohstoffressourcen beim Handwerk vorhanden sind, sollte man diese und gebe sie in die kleinen Aufträge. Nur kleine Aufträge können bei der verknüpften Knappheit an Zahlungsmitteln bezahlt werden. Der Handwerker tut auch gut

darin, sich vor Durchführung des Auftrages davon zu überzeugen, ob der Kunde zahlen kann. Auch über die Preis wird er eine neue Verleinerung treffen müssen, aber er an die Arbeit geht. Für den Handwerker gilt das gleiche wie für den Einzelhandel. Wenn überhaupt Aktepte, dann nur mit geringen Summen, schneller Umschlag, das noch in seinen Rohstoffressourcen liegenden eigenen Kapitals ist auch bei ihnen tragendes Kapital.

Dem Handwerk müssen wir noch einen besonderen Rat geben. Der Verkauf „B“ über die Anmeldung von juristischen Personen und verschiedene andere Personengruppen, unter die das Handwerk, jedenfalls nach der Auslegung, die wir erhalten konnten, nicht fällt. Sollten also die Handwerker damit Schwierigkeiten haben, dann empfehlen wir zunächst darauf zu verzichten, daß mit demselben Recht wie die unter 4) aufgeführten im Handelsregister eingetragenen Einzelkaufleute, dann gehören auch die in der Handwerkerrolle eingetragenen Handwerker unter Ziffer „d“ einzubeziehen sind. Sollten Handwerker mit dieser Ansicht nicht durchdringen, dann bleibt nur der Ausweg, dem einzelnen Handwerker auch schon gegangen sind, daß sie ihre Leute bei den Betrieben anmelden, für die sie in der letzten Zeit gearbeitet haben. Von diesen Betrieben bekommen dann die Handwerker ihre Kopfgüte für ihre Leute.

Nehr schwierig ist die Lage des Großhandels, zumal in seiner Funktion als Kreditgeber. Da der Großhandel über eigene Mittel nicht mehr verfügt, wird auch er den Weg des Akzeptes gehen müssen. Das verneuert und bringt große Unsicherheit mit sich. Soweit der Großhandel noch Lagerbestände hat, wird er dieses Kapital zur Kreditgewährung mit heranziehen können. Wo dies nicht der Fall ist, muß er, notgedrungen, mit Schulden beginnen. Er wird sich die Einzelhändler und die anderen Kunden ansehen, denen er liefert. Weiß er, daß auch dort schnell umgeschlagen wird, dann wird er liefern. Der Großhandel wird sich also auch seine Abnehmer genau ansehen müssen. Wir empfehlen demnach auch dem Großhandel, für schlechtesten Umschlag bei kleinstem Nutzen besorgt zu bleiben. Es wird dem Großhandel nicht anders übrig bleiben, als ganz von Anfang zu beginnen. Fast einem Hausierer ähnlich wird er sich mit einem kleinen Lastwagen auf die Straße begeben müssen, und von Kunden zu Kunden fahren. Er wird noch stärker als bisher Kontakt nehmen, immer fest am Markt liegen und jedes auch das kleinste Geschäft selbst aufzusuchen haben. So hält er seine Unkosten niedrig und beschleunigt den Umschlag.

In der Frage der Kündigungen können wir uns mit unseren Ratschlägen kurz fassen: Vorzuziehen Kündigungen werden die Arbeitskündigungen sein. Jede andere Kündigung wird man doppelt und dreifach bei dem Arbeitnehmer überlegen. Jeder Unternehmer muß die Schokwirkung der ersten Tage überwinden und muß an seine selbstverständliche, menschliche Pflicht

denken. Darüber hinaus ist anzunehmen, daß auch vom Gesetzgeber bei Anordnungen erlassen werden, die die Kündigung erschweren. Wenn hier und da in Betrieben Schwierigkeiten entstehen, weil Arbeitskräfte gekündigt werden, dann muß der Unternehmer jetzt im Konsequenz sein, seine Leute weiterhin durchzahlen und dafür zu sorgen, daß er, da er ja nun eingabeinertes Fachkräfte hat, ein konkurrenzfähiges Produkt herstellt und damit gut im Markt liegt. Dieser Mut wird sich sicher bezahlt machen — wie mancher Sachverständige, den man mit geschärften Gefühlen, jedenfalls vom Staat her, betrachtet hat.

Die dritte große Aufgabe, die jetzt allen Unternehmern, ganz gleich welcher Art gestellt ist, wird die sogenannte körperliche Bestandaufnahme sein, die ein Kernpunkt des neuen Steuergesetzes ist. Mit dem Stichtag vom 30. Juni 1948, der in jeder Beziehung ein historischer Tag in der deutschen Wirtschaft sein wird, muß jeder Betrieb eine Inventur machen. Dabei ist zunächst über die Bewertung in Deutscher Mark weder etwas gesagt, noch zunächst etwas zu erwarten. Es man wird die Bewertung den einzelnen Betrieben für ihre handelsrechtliche Bilanz wahrscheinlich selbst überlassen. Die Wirtschaftsrevue wird ihre Leser auch darüber laufend beraten.

Zunächst ist also nur die körperliche Bestandaufnahme zu machen. Jeder Unternehmer hat ein Verzeichnis über alle Vermögensgegenstände zu verfassen und einen Durchschlag davon dem Finanzamt einzureichen. Es ist klar, daß dieses Verzeichnis die Grundlage für die Vermögenssteuer und den Lastenausgleich abgeben wird. Wie ein solches Verzeichnis aufzustellen ist, werden die Handwerker, Kaufleute und Industriefirmen wissen, denn im Zuge der Buchführungspflicht weiß ja jeder Unternehmer, wie er eine Inventur zu machen hat. Demnach hat er es nur insofern leicht, als er nichts zu bewerten braucht. Wir möchten an dieser Stelle nicht verheimlichen, daß die Bewertung der Vermögensgegenstände nicht anzugeben, also zu unterschlagen, Absetzen von der strafrechtlichen Verfolgung, dürfte das auch wirtschaftlich eine schlechte Kalkulation sein, denn erstens hängt vom Vermögen die Kredit-Bonität zum guten Teil ab, und zweitens begibt man sich mit der Nichtangabe eines Vermögensgegenstandes der Möglichkeit dem in der Steuerbilanz abzustreifen. Da das neue Steuergesetz, wie wir an anderer Stelle ausführlich, besondere Erleichterungen in Hinblick der Abschreibung enthält, könnte sich eine „Überkündung“ schwer rufen. Wir empfehlen also schon jetzt, die Vorbereitungen für eine körperliche Bestandaufnahme vom 30. Juni ab beginnen.

Mit diesen Ratschlägen wollen wir heute schließen und werden in jeder Nummer weitere Empfehlungen veröffentlichen. Fragen Sie uns um Rat. Wir werden Ihnen, wenn wir damit auch vielen Anderen raten können, an dieser Stelle, bei individuellen Anfragen über Ihnen direkt schriftlich antworten.

Gewerkschaften mahnen zur Fördersteigerung

In Essen, Ende Juni 1948. Der Industrieverband Bergbau, die Gewerkschaft der Bergarbeiter, ruff in einem Rundschreiben an die Betriebsräte aller Schichtanlagen der britischen Zone zur tätigen Mitwirkung bei der Fördersteigerung auf.

In dem Schreiben wird darauf hingewiesen, daß der Ruhrbergbau mit nur 8,8 Prozent seiner Produktionsleistung von 1939 weit unter den Prozentleistung läge, die in den übrigen Kohlenländern Europas bereits erreicht worden seien. Der Anteil des Ruhrbergbaus an der europäischen Steinkohlenproduktion sei von 25,4 Prozent in 1938 auf 14,4 Prozent in 1948 zurückgegangen. Die in und ausstromierenden Mächte würden heute bereits von der polnischen Kohle beherrscht, und es müsse damit gerechnet werden, daß auch in Westeuropa wesentliche Absatzgebiete für die deutsche Kohle verloren gingen. Diese Entwicklung bringe schwere Gefahren für die Zukunft des deutschen Bergbaus mit sich, wenn sie nicht aufgehalten würde. Es könne heute bereits der Termin einer Absatzkrise und einer damit verbundenen Arbeitslosigkeit im deutschen Bergbau herbeigeführt werden.

Veröffentlichung des Abwertungsgesetzes am Samstag abend

Das angekündigte dritte Gesetz zur Währungsreform, das die Abwertung der Forderungen und Schulden in Reichsmark sowie die Freigabe der an entfallenden Reste enthält, wird am späten Sonnabendabend bekanntgegeben und durch Extrablätter verteilt. Der wesentliche Inhalt dieses Gesetzes ist durch die Leitartikel und Kommentare dieser Ausgabe unseren Lesern bereits bekannt.

Der Brief verschleudert würde? Leute, die wirtschaftlich ernst genommen werden wollen, dürfen ja nicht einmal hoffen, daß die Geschichte wieder...

Geld ist in dem Währungsgesetz auf Kreditmöglichkeiten hingewiesen worden, und es kristallisiert sich allmählich folgendes heraus: Die Reichsmarkguthaben werden abgewertet und der dann zur Verfügung stehende Betrag wird in Klappen freigegeben...

Man hat in jeder Beziehung die selbstverständliche chronologische Entwicklung umgekehrt. Man hat erst das neue Geld ausgegeben, das keine Unterschrift tragen konnte, weil die Notenbank nicht gegründet war, hat dann die Notenbank gegründet und sich dann erst darüber Gedanken gemacht...

Es konnte mit Recht fragieren, daß die neuen Noten zu teuer und einer halben D-Mark nicht summiert sind, obwohl man daraus allein noch lange nicht auf inflationäre Wirkung schließen muß...

Die Entscheidung bleibt aber, ob Warenmengen in genügender Höhe vorhanden sind, um das Geld dafür auszugeben zu können. Davon hängt allein der Erfolg der neuen Aktion ab...

Nachdem aber Dr. Erhard in einem Schreiben an den Länderrat erklärt hat, daß er keine der über das Gesetz übertragenen Entscheidungen treffen werde, ohne vorher einen Bescheid des gesamten Verwaltungsrates herbeizuführen...

Passivseite, die zunächst flüchtig sein muß, fest, dann wird man die Aktivseite mit neugeschaffenem Schuldtitlen der Länder erfüllen — zum Ausgleich...

Die wirtschaftliche Lage Deutschlands von heute läßt keinen Vergleich mit anderen Situationen, sei es in Deutschland, früher oder anderwärts zu...

Wir antworten auf die Fragen der Leser

Fortsetzung von Seite 1 wie der Umrechnungskurs festgesetzt wird.

Die nächste Frage, die wir stellen, erstreckte sich auf die Annullierung von Aufträgen aus der Zeit vor der Währungsreform...

Wir vermuten, daß nur in den ersten Wochen die Preise noch verhältnismäßig niedrig liegen, sich aber bald auf ein Niveau eingependeln werden...

Dabei sind wir bei der nächsten Frage nämlich Preisoberoberung und Absatzschwächen...

Wir vermögen zu sagen, daß der Preis der Waren im Reichsmark, erst in der nächsten Woche wird diese Frage aktuell werden...

Steuerreform und Rotstift

Erhebliche Ermäßigung der Einkommen- und Veräußerungssteuer

Über das Wochenende sind in den drei Westzonen die neuen Steuergesetze erlassen worden...

Danach werden die Einkommensteuer der physischen Personen und die Lohnsteuer ermäßigt...

Weiter wird die Kapitalverkehrssteuer wieder eingeführt...

Im einzelnen wird die steuerliche Entlastung verschieden sein...

Bei den größeren Einkommen geringer als bei den kleineren...

Für die Betriebe ergeben sich ebenfalls wesentliche Erleichterungen...

Die Übergangsbestimmungen erhalten eine sehr wichtige Anordnung...

Steuerpolitisch interessant ist der in den Kommentaren herausgekommene Gedanke...

Nach der finanzpolitischen Seite hin wurde in diesen Tagen erklährt...

Bewirtschaftung und Preisstopp gelockert

Inzwischen ist in der Doppelsonne für eine Reihe von Waren die Entlastung aus der Bewirtschaftung angeordnet worden...

friedigend Zustand nicht zu beheben würden in den nächsten Wochen...

sofort Erhalt geboten werden müsse, damit der soziale Frieden nicht bedroht werde...

Zur Auflockerung des staatlichen Warenverleihsystems...

Bedeutung der Maßnahmen

In unmittelbarer Folge der Währungsreform kündigte das VWV die Freigabe einer Reihe von bisher bewirtschafteten Waren an...

Zentrales Kreditinstitut der Westzonen

Das zentrale Kreditinstitut der Westzonen ist am 2. März 1948 in Frankfurt/Main gegründet...

Das neue Währungsrecht

Das neue Währungsrecht ist am 2. März 1948 in Kraft getreten...

Das neue Währungsrecht ist am 2. März 1948 in Kraft getreten...

Das neue Währungsrecht

Das neue Währungsrecht ist am 2. März 1948 in Kraft getreten...



Der „scharfe Schnitt“

Wie es schon schwer fiel, ja unmöglich zu sein schien, sich aus zahlreichen vagen Behauptungen und Vermutungen ein Urteil darüber zu bilden, was von der Währungsreform für den einzelnen und die Gesamtheit zu erwarten sei, so schwierig gestaltet sich auch die Umstellung der Bevölkerung angesichts der drohenden Maßnahmen beherrschend. Einmütig herrsche nicht in der Beurteilung der politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen, die eine auf die drei, oder gar nur zwei, Westzonen beschränkte Reform haben würde. Die Spaltung Deutschlands, die niemand wollte, aber alle mitteilbar und unmittelbar in Mitleidenschaft ziehen würde, wurde allgemein als drohendste Unheil empfunden. Es mülert klammernde man sich an die Hoffnung, daß der schwere Schicksal, die dankte Wölbe, die am meisten aus Berlin datieren. Ein Bericht der Wiener Zürcher Zeitung war zu lesen, die Deutschen befänden sich angesichts der Währungsreform in der Gemütsverfassung des Patienten vor einer Operation. Sie würden, daß der Eingriff unumvermeidlich sei, da er allein die „Voraussetzung für die Genesung“ zu schaffen vermöge, aber sie fürchteten sich zugleich vor den „Schmerzen und den Mühen des Krankenhauses“. Es wurde damit zweifellos der Seelenzustand eines Teiles der Bevölkerung auf eine Weise geschildert, über die sich reden läßt. Befragt man aber jemand, man habe sich in Deutschland unmittelbar vor der Durchführung der Währungsreform in der Geistesverfassung eines Hüftlings befunden, der apathisch ein Urteil an sich vollziehen lassen wollte, von dessen Vollstreckung er sich nicht zuweilen eine Besserung seiner Lage — „Genesung“ also — sondern nur die Verminderung versprochen hätte, so fände auch diese Behauptung nicht wenig Verfechter.

Ein Streifzug durch die Geschäfte

Die Auswirkungen der Währungsreform auf den Markt sind vorläufig unerschließbar, daß man sie kaum auf wissenschaftliche Bringen kann. Bis gegen 10 Uhr ihrer Gesamtheit ein Überblick ist. Dieser Blick für ihre Leser festhalten, hat sich die „Wirtschaftsrevue“ zur Aufgabe gemacht. Hier das Ergebnis der von ihren Mitarbeitern in verschiedenen Teilen des Reiches angestellten Beobachtungen:

Am meisten werden die Preise interessiert. Obwohl immer wieder erklärt worden ist, daß die Währungsreform den freien Markt beseitigen werde, was man unsere Leser wissen, gar nicht möglich ist, gibt es diesen Markt nicht. Man ist in anderen Verhältnissen. Diese aber sind wichtig für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage. Zunächst einige neue Preise am freien Markt. In Süddeutschland wurde das Pfund Butter mit 25 D-Mark, das Pfund Käse mit 25 D-Mark, das Liter Milch mit 25 D-Mark und 25 deutsche Zigaretten mit 150 D-Mark verkauft. Kirchen waren zum ersten Friedenspreis mit etwa 25 Pf. für das Pfund in jeder Menge zu haben. In Westdeutschland kosteten die deutschen Zigaretten 4 D-Mark für 25 Stück und 2 französische Zigaretten 2 D-Mark. Das Pfund Butter war für 25 D-Mark und Schokolade für 25 D-Mark und 25 D-Mark zu haben. Ein Coupon Herrenstiefel (1,20) ging mit 25—30 D-Mark um. Am auffallendsten ist die Tatsache, daß zwei Artikel, nämlich Kaffee und Tabak, am freien Markt billiger angeboten wurden als zu den Bewirtschaftungspreisen. Während in Westdeutschland der Kaffee offiziell zwischen 25 und 30 D-Mark das Pfund kostete, war er am freien Markt zwischen 15 und 20 Mark zu haben. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß allein der Zeit für den Kaffee 20 D-Mark für den Kaffee, Tabak kostet innerhalb der Bewirtschaftung 150 D-Mark für 100 g, am freien Markt 1 D-Mark.

Weiter konnten wir feststellen, daß andere Waren am freien Markt zu Preisen erhältlich waren, die unter 10% der früheren Preise der freien Marktes lagen. Die Preise am freien Markt sind also stärker gesunken, als der voraussichtlichen Abwertung aller Güter. Ansprüche. Die Händler seien neue Marktsituationen. Sie wählten sofort, daß in München der Dollar mit 15—18 neuen Mark gehandelt wird, und bewertetes daher den Schweizer Franken am Montag mit 4—5 Mark. In einem Laden waren Schweizer Hosen einer Liebesgaben-Erma als Muster ausgestellt. Preis 23 Schweizer Franken. Umgerechnet wären das rund 100 DM. Man hätte sie aber auch ohne Punkte für 25 DM nicht los werden können. Inzwischen ist der Schweizer Franken über 18 auf 15 DM gestiegen. Von Ausländern wird die Deutsche Mark

überhaupt sehr skeptisch beurteilt, und zwar nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern auch aus überflüssigen Gründen. Die Ausländer sagen, die Noten tragen keine Unterschrift, kein Datum, keinen Namen einer Emissionbank und die kleineren Scheine wie 1 Mark und 1/2 Mark sind unnummeriert. An der Zürcher Börse, an der die RM-Noten heißer notiert werden, weil der Export der Noten verboten ist. In Kreisen von Schweizer Grenzländern, die in Deutschland arbeiten, wird die D-Mark mit 30—35 Rappen gehandelt. An drei deutsch-schweizerischen Grenzen beträgt der amtliche Kurs für die Besetzung des Zolls 1 DM = 1,30 Sfr. Nach einer Exchange-Meldung aus Mailand ist der amtliche Kurs für die Deutsche Mark in der französischen Zone auf 54,00 franz. Franken für 1 DM festgesetzt worden. Für 1 RM war der offizielle Kurs 12 Sfr.

Alle Reichsmarknoten waren noch bis Donnerstag im Handel. Die letzten Abschlüsse, von denen wir hörten, bewegten sich bei 300 RM für einen Schweizer Franken.

In den Tauschzentralen geht das Leben ziemlich unbefriedigend von der Währungsreform weiter. Einige Oberverwaltungen haben am Freitag und Samstag noch versucht, sie von ihnen in die Tauschzentrale zu geben. Gegenstände schickten. Sie wurden ihnen sehr ungeschicklich. Die große Mehrheit der Zentren belief ihre Waren jedoch weiter den Zentralen und neue Waren kamen hinzu. Die Überlegung steht darin, daß das neue Geld zunächst knapp ist und für die lebensnotwendigen Ausgaben bereitgehalten werden muß, so daß der Tausch die einzige Möglichkeit ist, an die gewöhnliche Ware heranzukommen. Auch Spenden von einer oder anderen Deutschen Mark schreikt die Tauschzentrale nicht ab. Deshalb waren die Tauschzentrale in den ersten Tagen dieser Woche genau so voll wie früher. Die Umsätze sind heute etwas niedriger, zum Teil nur halb so hoch wie noch vor einigen Monaten. Aber das hat mit der Währungsreform nichts zu tun, sondern liegt allgemein daran, daß die Gäste der zum Tausch getriebenen Waren absolut geringer sind.

Die Vergleichen zwichen haben alle unter einem erheblichen Umstrickgang zu leiden. Die meisten haben die Preise sofort gesenkt. Dieser Preisrückgang liegt in allgemeinen bei 50%. Trotz dieser Preisabwertung sind die Vertragsbedingungen leer. Auch die Theater haben die Eintrittspreise ermäßigt, manche ebenfalls um 50%. Trotzdem spielen die Schauspieler vor leerem Haus. Die Kino konnten aus verschiedenen Gründen ihre Eintrittspreise nicht ermäßigen, die Besucherzahl betrug in den ersten Wochenjahren 10% von der Zeit vor dem 22. Juni.

Bedenken im Ruhrgebiet

Von unserem Korrespondenten im Ruhrrevier

Erhöhungen der Preise und Tarife zu vermeiden. Schon sind, übrigen am gleichen Tage mit der Bekanntmachung der Währungsreform, die Tarife für Gas und Strom erhöht worden, und ebenso wird der Wertschöpfungsbeitrag der Erhöhung der erhöhten Eisen- und Stahlpreise aufheben müssen, so daß die Preisabgabe für zahlreiche Konsumgüter zu erwarten ist. Die inflationäre Gefahr liegt auf der Hand, und sie würde sich nicht zu vermeiden sein, wenn die Verluste aus den Grundstoffindustrien in die verarbeitenden Industrien verlagert und durch Subventionen aufgefangen würden. Es wird notwendig sein und einer schon dringende Maßnahme bedürftig, die schon strebende Lohn- und Preisniveau abzusinken. Wenn man sich dazu anschickt, wird die Schwere der jetzigen wirtlichen Operationen so recht erkennbar werden, und es wird nicht ohne ernste Kämpfe abgehen. Bei aller Ablehnung gegen die Währungsreform und dem empfindlichen Scheitern, den sie verursacht, hat die Bevölkerung demnach erleichtert aufgetaucht, als der X-Tag endlich bekanntgegeben und die Erstarrung der Wirtschaft gelöst wurde. Ob es sich dabei um eine Befreiung auf lange Zeit handelt, das ist die inhaltsschwere Frage, und sie wird nicht ohne Antwort forsch, ist es nicht ohne Beklemmung. Im Lager des Schwarzens und Grauens Marktes hat die Einleitung der Währungsreform zunächst Befreiung hervorgerufen, weil man sie im jetzigen Augenblick noch nicht erwartet hätte. Aber nach kurzer Zeit ist schon wieder eine ruhige Auffassung eingetreten; denn der freie Markt weiß, daß es an Gütern, das tägliche Bedarfs, von deren illegalem Umsatz er lebt, noch lange in ausreichendem Maße fehlen wird. Daran ändert auch nichts die Tatsache, daß eine ständige Serie von Konsumgütern aus der Bewirtschaftungspräzision wurden ist. In westdeutschen Wirtschaftskreisen ist in den letzten Tagen sehr lebhaft die Frage diskutiert worden, wie groß der Umfang der geborenen Güter sein mag. Die Absichten gehen weit auseinander, und man darf auf Überstimmungen bei beiden Seiten gefaßt sein. Diese Erwägungen spielen zur Zeit auch in Kreisen des freien Marktes eine Rolle bei der schon wenig im Gange befindlichen neuen Preisbildung. Die bisher genannten Preise, zu denen sich schon Umsätze gefügt wurden, legen im allgemeinen unter dem Prozentmaß der Geldbedürfnisse. Vor strengen Worten waren die Preise am freien Markt in dem Ruhrrevier sowie in Düsseldorf, Köln, Wuppertal sowie Pöchlarn

RUHR-KOHLFORDERUNG
 Einmalig! Ausbeute und Überbörse!
 Tagesdurchschnitt in 1000 t

230.000 t	300.000 t
1. Halbjahr 1947	244,2 t
1. Vierteljahr 1948	363,5 t
Monat April	368,3 t
Monat Mai	357,1 t
1. Juniwoche	373,7 t
2. Juniwoche	379,9 t
17. Juni	385,1 t
18. Juni	382,2 t
19. Juni	380,9 t

gewesen. Honorare verrechnen sollen. Auch die wollen weitere Verordnungen abwarten, glauben aber, die alten Rechnungen in Verhältnis 1:10 einzukassieren zu können.

Allgemein wurde angenommen, daß sich nach der Währungsreform die Wohnungsfürfrage automatisch regeln würde und daß genügend möblierte Zimmer zur Verfügung stehen würden. Eine Anfrage beim Wohnungsamt ergab, daß noch keine Zimmer gemietet wurden. Unter der Hand werden allerdings bereits Zimmer angetragen, ebenfalls zu niedrigeren Preisen als bisher üblich.

In den Krankenhäusern war bisher kaum ein Bett frei und abgeben von ganz dringenden Patienten mußten Kranke trotz ärztlichen Zeugnisses oft wochenlang auf die Aufnahme warten. Auch hier ist ein auffälliger Wandel eingetreten. Seit dem 21. Juni stehen wieder freie Betten zur Verfügung.

In verschiedenen Geschäften ist man der Ansicht, daß die heute vielfach verpußten Preisabnahmen zu einer verpußten Preisabnahme sein dürften und daß die Preise in dem Augenblick, in dem die Angestellten wieder ihre Löhne und Gehälter regelmäßig erhalten werden, auch die Preise wieder ansteigen werden.

Die Finanzämter rüsten sich zu schwerer Arbeit, so sind die Steuerämter an Hand der Fragebogen zu beauftragt. Kein Zweifel, es wird Steuerabschlüsse und Strafen regnen. Ob es jedoch im Augenblick angebracht sei, wird jedoch nicht beurteilt, ist eine offene Frage. Daß aber die Finanzämter in fernere Zukunft weniger Mühe denn zu zeigen werden — man nimmt sogar an, daß sie besonders Vollstrecken erhalten werden — ist gewiß. Den Juristen mag geworden Vogel wird man jetzt die Urteile schreiben hören, und es wird kein Frühling sein, den er kündigt. In dieser Erhebungsform ist er meist Vorkläufer schlechterer Zeiten.

Berlin mit 2 Währungen

Von unserem Berliner Korrespondenten

Der Währungskrieg in Berlin hat in den vergangenen Wochen seinen Höhepunkt erreicht. In den Westzonen Berlins wird die Deutsche Mark eingeführt und in der Ostzone beginnt die Ausgabe des „Tagetgeldes“. Während es in der Sowjetzone Berlins verboten ist, D-Mark zu besitzen, kann in den westlichen Zonen damit bezahlt werden. Berlin hat nunmehr 2 Währungen. Das Kursverhältnis der beiden, das sich bereits am Donnerstag herausgebildet hat, lautet: 5 Ostmark = 1 D-Mark. Am Freitag und Samstag wurde in den Westzonen Berlins die Deutsche Mark ausgegeben, genau wie in den Westzonen Deutschlands. Ebenso bleiben die kleinen Noten bis 1 Mark und das Hartgeld im Verhältnis 10 zu 1 gültig.

In der Sowjetzone ist das Hartgeld zum vollen Wert in Kurs geblieben. Die Noten sind mit der neuen Entwertungsmarkte versehen, entsprechend dem bekannten Ausschüttungsmodus verteilt worden. Bereits am Mittwoch erschienen diese Entwertungsmarken, die auf die alten Noten aufgeklebt wurden, — unaufgeklebt, auf dem freien Markt. In den Westzonen blieben die Barwertnoten mit einem Zehntel ihres Wertes gültig. Die neuen Obergrenzen Noten des sowjetischen Sektors werden auch in den 3 anderen Sektoren Berlins für Zahlung von öffentlichen Abgaben, für die Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel, für Lebensmittelkäufe und Gülligkeit haben, ebenso die neuen Postwertzeichen in der Ostzone. Das war nicht zu vermeiden, da vielfach Bewohner der westlichen Sektoren im sowjetischen Sektor beschäftigt sind und für die Folge in Kurs bezahlt werden. Für Verbindlichkeiten ist ein Moratorium von einer Woche gewährt worden. Löhne und Gehälter sind in gleicher Höhe wie bisher in neuer Währung am Fälligkeitstage zu zahlen. Selbstverständlich gelten in Berlin auch die Bestimmungen des § 3 und des § 17 des ersten Westzonen Währungsgesetzes.

Um die Möglichkeiten für die Schaffung einer einheitlichen Währung in ganz Berlin offen zu halten, sind die Noten, die jetzt in den Westsektoren ausgegeben werden, mit einem 8 Überdruck. Sie gel-

ten auch in den Westzonen im sowjetischen Sektor hat der Umtausch am Donnerstag um 10 Uhr begonnen. Es wird den Einwohnern der westlichen Sektoren anbegehrt, in der ihrem Wohnort nächst gelegenen Umtauschstelle des sowjetischen Sektors Ostmark zu erwerben. Das setzt aber voraus, daß sie von dem Umtausch in den Westsektoren keinerlei Gebrauch gemacht haben. Die Kontrolle dürfte in diesem Falle recht schwierig sein.

Eine Fülle von Bestimmungen regelt auch im Ostsektor die Abwicklung des Umtausches, in dem auch Altguthaben aus der Zeit vor 1945 einbezogen werden, gegen die Anleihen gegeben werden sollen. Von sowjetischer Seite heißt man an dem angegebenen Verbot für den Besitz von Westwährung fest. Es ist anzunehmen, daß die im Ostsektor keine Zahlungsfähigkeit haben wird. Dadurch wird die Lage der in den westlichen Sektoren tätigen, aber im Ostsektor wohnenden Berliner in Kürze unhaltbar werden, die natürlich von ihren Betrieben in den westlichen Sektoren Deutsche Mark erhalten werden.

Auch der Berliner Magistrat hat sich damit abgefunden, daß Berlin 2 Währungen hat. In einer erregten Sitzung am Donnerstag verteidigte er sich schließlich dafür ein, daß sowohl die West- als auch die Ostwährung in Berlin nebeneinander bestehen und die Besatzungsmächte weiterhin die Verpflichtung haben sollen, die Versorgung der Berliner Bevölkerung zu sichern.

Darzwischen läuft der übrige Wirtschaftskrieg weiter. Der Güterverkehr von der Ostzone in die Westzonen Deutschlands ist gestoppt wegen technischer Störungen auf der Strecke Berlin-Bonn. Die Westzonen Berlins erhalten keinen Strom wegen „Kohlenmangels“. Pöchlarn hat allein auf eine neue deutsche Regierung in der Ostzone hinaus.

Die Währungsreform hat jedenfalls schon die ersten Auswirkungen auf den freien Markt gehabt. In der Sowjetzone wird Brot bis zu 1,50 Ostmark und darunter, Zucker für 0,60 Ostmark und gals Zigaretten von 0,20 Ostmark angeboten.

heber sein. Und als solcher repräsentiert sie sich in der Tat. Nicht nur Fakten, dessen Besorgung mit Recht angestrebt wird, nicht gesunde Glieder der Wirtschaft sind vor eine ungewisse Zukunft gestellt: Der Schnitt ging ebenfalls in Löhne oder droht doch, es nicht unerschrocken zu lassen. Da gibt es Schutzmaßnahmen zu finden und zu verteidigen. Zu der Wirtschaft eines Volkes gehören als ihre wesentlichen Träger die Industrie, das Handwerk, die Landwirtschaft, die Handel, das Transportwesen, ein geregelter und einwandfrei funktionierender Geldverkehr. Es schließt zu ihr aber auch kulturelle Einrichtungen, Institutionen, die für einen leistungsfähigen Nachwuchs sorgen, eine geistige Befruchtung weitergebildeter Verlagen und eine Presse, die sie in die besten Schichten der Bevölkerung trägt. Ihrer aller Beträge wollen Schutz und Förderung finden. Wir bekunden auch angesichts der Währungsreform unseren Willen, uns vorhalten und mutig in ihrer aller Dienst, in den Dienst der abendlichen schwerer um ihre Existenz ringenden deutschen Wirtschaft zu stellen.

Da der große Schritt mit aber getan ist, wäre es sinnlos, in einer negativen Einstellung der jetzt gegebenen Tatsache gegenüber zu verharren. Dem ersten, am 18. Juni veröffentlichten „Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens“ sind inzwischen weitere Verlautbarungen gesetzlicher Verfügungen gefolgt, andere werden sich noch anschließen. Was der Öffentlichkeit bereits vorliegt, bedarf der Interpretation, gute Intentionen sind zu unterstützen, schädliche Auswirkungen zu mildern, den Wünschen und Begrihen der legitimen Wirtschaft in Gehör zu schaffen. Alles Aufgaben, die gestellt sind, zu deren Lösung wir unserem Beitrag leisten wollen und mit der vorliegenden Ausgabe unseres Blattes zu leisten bereits begonnen haben.

Ein „scharfer Schnitt“ würde die Währungsreform nach dem Willen ihrer De-

„N Essen, 21. Juni. Wenige Stunden vor der Bekanntgabe des ersten Gesetzes zur Neuordnung des deutschen Geldwesens vertrieben sich der Finanzminister von Nordrhein-Westfalen, Dr. Wetig, und sein nächster Mitarbeiter, I. Landwehr, Dr. Kitz, in einer Pressekonferenz über die Bedeutung der Währungsreform. Der Minister appellierte an die Pressevertreter, sie möchten die Währungsreform trotz der ihr offenbar anhaftenden Fehler unterstützen und helfen, das Vertrauen in die Öffentlichkeit zu bereiten, ohne daß der Erfolg ungewiss wäre. Was sich aus der Aussprache ergab, sieht man in folgenden Zeilen: Für die Währungsreform, für deren Durchführung es an den notwendigen Voraussetzungen fehlt. Es erscheint unmöglich, sie erfolgreich durchzuführen, wenn nicht schnellstens eine deutsche Regierung geschaffen, der Friedensvertrag abgeschlossen und die deutsche Wirtschaft von den bekannten Hemmnissen und Eingriffen befreit wird. Es ist auch gar keine Frage, daß der Zeitpunkt der Inkraftsetzung der Währungsreform insofern falsch gewählt ist, als die notwendigen Mengen von Konsumgütern noch nicht nach Westdeutschland eingeströmt sind. Zweitens aber haben sich die alliierten Regierungen unter dem Eindruck der letzten eingetretenen Erstarrung des wirtschaftlichen Lebens und des Zusammenbruchs der Ver-

derer sein. Und als solcher repräsentiert sie sich in der Tat. Nicht nur Fakten, dessen Besorgung mit Recht angestrebt wird, nicht gesunde Glieder der Wirtschaft sind vor eine ungewisse Zukunft gestellt: Der Schnitt ging ebenfalls in Löhne oder droht doch, es nicht unerschrocken zu lassen. Da gibt es Schutzmaßnahmen zu finden und zu verteidigen. Zu der Wirtschaft eines Volkes gehören als ihre wesentlichen Träger die Industrie, das Handwerk, die Landwirtschaft, die Handel, das Transportwesen, ein geregelter und einwandfrei funktionierender Geldverkehr. Es schließt zu ihr aber auch kulturelle Einrichtungen, Institutionen, die für einen leistungsfähigen Nachwuchs sorgen, eine geistige Befruchtung weitergebildeter Verlagen und eine Presse, die sie in die besten Schichten der Bevölkerung trägt. Ihrer aller Beträge wollen Schutz und Förderung finden. Wir bekunden auch angesichts der Währungsreform unseren Willen, uns vorhalten und mutig in ihrer aller Dienst, in den Dienst der abendlichen schwerer um ihre Existenz ringenden deutschen Wirtschaft zu stellen.

Der schwere Weg zur Zollunion

Strukturverschiedenheiten zwischen Frankreich und Belgien

Von unserem Pariser Korrespondenten

Paris, Mitte Juni.

Die Krise, in der sich Europa gegenwärtig befindet, hat ihren Ursprung ohne Zweifel in der durch den Krieg bewirkten Schwächung seiner Produktion. Aus ihr ergab sich die katastrophale Unterbilanz im Wirtschaftsverkehr mit den Vereinigten Staaten und der neuen Welt im allgemeinen. Wir haben nun vier Jahre Zeit, um das Gleichgewicht wiederherzustellen, diese Frist hält uns der Marshall-Plan offen. Während dieser Jahre müssen wir unsere Produktion erhöhen, weniger kaufen, und mehr verkaufen. Was hierzu notwendig ist, ist bekannt: Die Industrie ist zu modernisieren, die Erzeugung auf große Serien abzustellen, um auf diese Weise den Vorteil niedriger Einheitspreise zu erzielen und sich so im internationalen Wettbewerb zu erheben. Um in eine moderne Industrie große Kapitalien zu investieren und billige Preise zu erzielen, müssen wir die für diese Maßnahmen über einen Markt von mindestens 100 bis 150 Millionen Einwohner verfügen können. Da gibt für Europa daher nur ein einziges Mittel: Die Vereinigung der Wirtschaft und die Schaffung eines Marktes von 300 Millionen Menschen.

Der ehemalige französische Wirtschafts- und Finanzminister André Philip hat kürzlich in einer französischen Wochenschrift die verschiedenen Etappen der Verwirklichung dieses Marktes skizziert. Er hat die Einheit der Vier verwirklicht: Italien, Frankreich, die Benelux-Staaten und der westlichen Deutschlands. Sodann sei eine Union zwischen diesem Wirtschaftsgebiet, England und seiner Weltwirtschaft zu bringen. Schließlich seien Vereinbarungen zwischen den sechs Staaten zu treffen und alle notwendigen Schritte einzuleiten, um den wirtschaftlichen Austausch mit dem Osten wieder in Fluss kommen zu lassen.

Kürzlich wurde an dieser Stelle gesagt, wie sich die französisch-belgische Zollunion darstellt. Die im Prinzip vor einiger Zeit in Mailand festgelegt wurde. Wir haben nicht hinter dem Berg damit gehalten, daß nach manchen Schwierigkeiten zu überwinden sein werden, und daß noch gute Welle notwendig sein wird, um die Union zu einer Tatsache zu machen.

Als ebenso schwierig, wenn nicht noch schwieriger, stellt sich auch eine Zollunion zwischen Frankreich und den Benelux-Staaten dar. In diesen Industrieländern bestehen Produktionen, die einander ähnlich oder sogar identisch sind. Wenn allein von transnationale Seite einige Schwierigkeiten aufgeführt werden sollen, so sei darauf hingewiesen, daß die französische Automobilindustrie, die sich zur Folge des Schutzsystems behaupten kann, sofort auf das schwerere Belgien eintritt, wenn die Zolltarife in Belgien weniger günstig sind als in Frankreich. In Belgien verfügt die Mehrheit der amerikanischen Autokonstruktoren über Montagebetriebe, von denen aus der Verkauf auf dem europäischen Markt bewerkstelligt wird. Es ist vielleicht anzunehmen, hier auch auf die Unvollständigkeit der französischen Hüten und Zwirnen hinzuweisen.

Man darf sich indessen nicht von vornherein entmutigen lassen, sondern muß das Problem, so wie es sich stellt, genau untersuchen. Was ist der Zweck einer Zollunion? Im Wesentlichen, eine erhöhte Arbeitstätigkeit im Rahmen eines erweiterten Wirtschaftsraumes, eine Arbeitsaufteilung, die den bestehenden natürlichen und wirtschaftlichen Gegebenheiten besser angepaßt ist, und die dazu dient, eine bessere und reichlichere Erzeugung, die weniger Kosten verursacht und auf einem

entsprechend größeren Markt abgesetzt werden kann.

Dieses Ziel ist aber nur unter mehreren Bedingungen zu erreichen.

Es muß zunächst gemeinsamer Zolltarif aufgestellt werden. Die Zollschranken zwischen den teilnehmenden Staaten müssen fallen, es muß eine Vereinheitlichung der Zolltarife und der inneren Verbrauchssteuern erfolgen. Wie wir gesehen haben, stellt sich schon allein das Problem der Automobilindustrie durchsicht nicht einfach. Es ist hier auch daran zu erinnern, daß der freie Waren- und Geldverkehr und die Freizügigkeit der Arbeitskräfte gewährleistet sein muß. Das bedeutet: sehr enge wirtschaftliche Zusammenarbeit, Angleichung der Preise und Lohnniveaus und selbst der Währungs- und Finanzpolitik.

Dies alles ist aber keineswegs bereits gegeben. Während Frankreich und die Niederlande eine ausgesprochen defizitäre Bilanz aufweisen, ist die der belgisch-niederländischen Union gut ausgefallen. Zwar leidet Belgien noch unter den Auswirkungen des Dollarkrisens, der die ganze Welt beherrscht. Es zeigt aber schon einen Vorteil daraus, daß es bei den Kreuzendeckungs der Vereinigten Staaten war, und daß es seine Guthaben im Ausland wieder erwerben konnte. Es besteht aber auch erhebliche Unterschiede in Bezug auf die Preise. In den Niederlanden sind die Preise ziemlich stabil geblieben, während in Belgien seit dem Vorkriegsstand ein starker Anstieg zu verzeichnen ist.

Unähnlichkeit in den öffentlichen Finanzen, Unterschiede in der Bewertung der Währung und in der Preisbildung der einzelnen Länder. Lenkung in Frankreich und Holland, und wachsende Freizügigkeit in Belgien kennzeichnen die beiden Aspekte des Problems. Man kann für Belgien voraussetzen, daß es in etwa ein Jahrzehnt die Stabilität und den Wohlstand erlangt, den die Niederlande schon erreicht haben.

Die Zollunion Frankreich-Benelux-Länder wird, wie man sieht, schwer zu verwirklichen sein. Wenn man die Zolltarife vernichtet, stößt man auf Preisdifferenzen, technische und materielle Schwierigkeiten der Vereinigung. Die Verwirklichung der Zollunion macht die Einführung eines einheitlichen Steuersystems notwendig. Die schwere Situation im Preisgefüge, in der Orientierung des Handels und in der Tätigkeit der verschiedenen Branchen und Produktionszweige verursacht wird. Schließlich wird eine enge Wirtschaftspolitik mit freiem Kapital- und Warenverkehr zu einer Angleichung der Regierungsprogramme bezüglich der öffentlichen Finanzen, der Kredite, Preise und Löhne führen müssen.

Die Schwierigkeiten einer Aufgabe aufzuzählen, bedeutet aber nicht, ihr abzusagen, was allerdings, wenn sie lebenswichtige Bedeutung hat. Die Größe der Aufgabe ist erschreckend, man gedenke jedoch alles dessen, was in den letzten zehn Jahren verwirklicht werden ist, vorher aber für unmöglich gehalten wurde. Was ein Wille ist, das ist auch ein Weg. m.a.r.

Frankreich kauft ein niedriges Preis

Das Preisproblem ist in Frankreich wieder mehr in den Mittelpunkt des Interesses gerückt. Flachs, Gemüse und Fleisch kommen in diesem Sommer wieder in ähnlichen Mengen auf den Markt wie in der Vorkriegszeit. Allerdings ist die Höhe der Preise im Vergleich zu den Löhnen und Gehältern zu wünschen übrig. In den

letzten Monaten haben die Arbeiterkreise eine abwartende Haltung eingenommen, um zu sehen, ob die in Aussicht gestellte Preislenkung durchsetzen würde, oder ob eine Erhöhung ihrer Löhne verlangt werden könnte. Die Regierung ist bemüht, ein Stilles überbrückt werden. Man beachtet heute das Preisproblem als die gefährliche Klippe der Finanz- und Wirtschaftspolitik der Regierung, an der sogar ihr Weiterbestehen unter Umständen scheitern kann. Lohn- und Gebührensicherungen werden sich nicht umgehen lassen, da die Preise eine steigende Tendenz aufweisen. Die Regierung ist bemüht, ein Stilles der Preise herbeizuführen, um eine tatsächliche Steigerung der Kaufkraft bei den Arbeitnehmern zu sichern. Durch eine Verordnung im Journal Officiel vom 18. Juni sind Preisveränderungen auf Lebensmittel und Haushaltsgegenstände angeordnet worden. Eine Mitteilung von amtlicher Seite erklärt hierzu, daß diese Preisbeschränkungen möglich geworden sind durch die Erhöhung der Stahlproduktion, die kürzlich 600.000 t erreichte.

Vor einigen Tagen ist eine Vereinbarung zwischen den Baumwollindustriellen und den verantwortlichen Ministern getroffen worden, auf Grund derer 20 Millionen Meter Baumwollstoff zum Verbrauch bei einem Preistabackung von 5% zur Verfügung gestellt werden. Allerdings steht die Baumwollindustrie entsprechenden Bedingungen, die die Herabsetzung der Preise illusorisch machen können. Tatsächlich ist Baumwolle eines der Rohstoffe, deren Preise seit der Vorkriegszeit am meisten gestiegen sind. Der Preis der amerikanischen Baumwolle liegt heute ungefähr 2mal höher als 1938. 30 kg Baumwolle kosten heute in Frankreich etwa 12.000 frs. gegen nur 410 frs. vor Kriegsausbruch.

Das Lebensmittelpreissystem, an dem die Bevölkerung besonders interessiert ist, zeigt eine sehr ungleichmäßige Entwicklung. Die häufigsten Änderungen unterworfen ist. Es scheint heute schon gesagt zu sein, daß der Weizenpreis der nächsten Monate eine Erhöhung erfahren wird, wenn man ihren Umfang indessen auch nicht kennt. Der Finanzminister scheint nicht bereit zu sein, irgendeine Unterstützungszahlung an die Landwirtschaft zu leisten, um den Weizenpreis niedrig zu halten.

Vielmehr noch bedeutungsvoller für die allgemeine Wirtschaft ist die Entwicklung des Kohlenpreises. Auf die Dauer kann der Verbrauch nicht mehr 30% des Gesamtjahrespreises sein. Der Kohlenpreis wird einen beträchtlichen Einfluß auf die Gestaltung der Stahl- und Eisenpreise aus. Diese haben Erhöhungen von 8 und 5% erfahren. Ebenso ist die Kohlenpreiserhöhung für die Transportkosten und für die Textilindustrie von großer Wichtigkeit. Im ganzen gesehen wird es schwer sein, eine befriedigende Lösung des Preisproblems zu finden, da eine Niedrighaltung der wichtigsten Preise, ohne daß der Finanzminister staatliche Subventionen bewilligt.

Die Entwicklung des Großhandels-Index in Frankreich übertrifft das belgische Ansehen der Preise.

Während der Großhandelsindex im Oktober 1947 mit 128 (1938 = 100) erreichte, stand er im Mai 1948 auf 163; Ende Dezember 1947 wurde er mit 127 angegeben. Der Großhandelsindex der industriellen Erzeugnisse erhöhte sich von 88 im Oktober 1947 auf 104 im Mai 1948, für Rohstoffe stieg er von 88 auf 107, für Halb-

waren von 84 auf 104. Verhältnismäßig gering ist die Erhöhung bei den Nahrungsmitteln. Der Nahrungsmittelindex wurde im Oktober 1947 mit 102 angegeben, im Mai 1948 auf 103, im Dezember 1947 mit 102 angegeben.

Die Entwicklung des Preisindex in Belgien übertrifft das belgische Ansehen der Preise. Während der Preisindex im Oktober 1947 mit 102 (1938 = 100) erreichte, stand er im Mai 1948 auf 103, im Dezember 1947 mit 102 angegeben.

Die Entwicklung des Preisindex in Belgien übertrifft das belgische Ansehen der Preise. Während der Preisindex im Oktober 1947 mit 102 (1938 = 100) erreichte, stand er im Mai 1948 auf 103, im Dezember 1947 mit 102 angegeben.

Nach einer Mitteilung des eigenständigen politischen Departments wird es nämlich der deutschen Währungsreform bei den Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten die Erwartung aussprechen, daß bei der Durchführung der Währungsreform den belgischen Wirtschaftsinteressen in Deutschland gebührende Rechnung getragen werde. Es wird insbesondere verlangt, daß die der Schweiz

fabrikate von 884 auf 104, Verhältnismäßig gering ist die Erhöhung bei den Nahrungsmitteln. Der Nahrungsmittelindex wurde im Oktober 1947 mit 102, für Dezember 1947 mit 102 und für Mai 1948 mit 103 angegeben.

Ungünstige Ertragsaussichten

Während noch vor 3 Wochen die Ertragsaussichten in Frankreich als unvergänglich günstig beurteilt worden sind, werden sie heute weit weniger optimistisch betrachtet. Die Kulturen sollen durch die starken Regenfälle gelitten haben, wenn auch das inzwischen eingetretene bessere Wetter einem Teil der Schäden ausgleicht.

Frankreich-Norwegen

Die Verhandlungen zwischen Frankreich und Norwegen zur Verlängerung des Ab-

kommens vom 1. April 1947 sind zum Abschluß gekommen. Der Vertrag sieht einen Warenverkehr in beiden Richtungen im Gesamtwert von etwa 14 Mrd. frs. vor, also eine erhebliche Ausdehnung des alten Vertrags, unter welchem im abgelaufenen Jahr nur Waren im Wert von etwa 8 Mrd. frs. ausgetauscht wurden.

Norwegen wird in erster Linie Fisch- und Walfischöl, besonders Lebertran, aber auch Industrielle Fette und Öle liefern, denn die Röhre im Vertrag sieht einen Wert von 2 Mrd. frs. darstellen soll. Ferner wird Norwegen 3.500 t Zink, 4.000 t Zinkstoffsäure, 20.000 t Schwefelsäure, sowie Papiermasse und Papier, darunter allein 5.000 t Zeitungspapier an Frankreich liefern. Frankreich wird Weizen und Spiritiosen im Wert von 300 Mill. Kronen ausliefern, im Wert von 300 Mill.

chemische Produkte im Wert von 300 Mill. Kronen im Wert von 2,5 Mrd., mechanische und elektrische Material im Wert von 1.200 Mill. frs. liefern.

Frankreich-Island

Frankreich wird seine Importlieferungen nach Island erheblich steigern. Insbesondere sind folgende Waren vorgesehen: 5.000 t Zement, 10.000 t Kalk, 10.000 t hochprozentige Schlacken, 10.000 t Phosphat, 100.000 t Rohphosphat, eine Million gekämmte und gekompelte Wolle, sowie erhebliche Mengen von Leinwandstoffen. Die Ausfuhr der Wolle nach Island soll bei 100 Millionen Kronen liegen.

Unter den Gütern, die Frankreich von Island erhalten wird, sind in erster Linie Getreide, Getreidemehl, sowie andere Textilien vorgesehen. Ferner soll Island 3.000 Stück Vieh liefern.

Österreich: Realeinkommen gestiegen

In einer Diskussion um das Realeinkommen der Arbeiter und Angestellten in Österreich wird in einem Bericht darauf hingewiesen, daß zunächst für die Grundlagen der Diskussion auch ein Verbrauchermessung durchgeführt werden sollte, um die tatsächlichen Verhältnisse näher zu erörtern, und das nicht nur die offiziellen

Warenname	1938	1947	1948
Weißes Mehl	100	110	120
Schwarzes Mehl	100	110	120
Weißes Brot	100	110	120
Schwarzes Brot	100	110	120
Brot	100	110	120
Schokolade	100	110	120
Rindfleisch	100	110	120
Schweinefleisch	100	110	120
Phosphorsäure	100	110	120
Chinosäure	100	110	120
Zucker	100	110	120
Milch	100	110	120
Öl	100	110	120
Münchener Bier	100	110	120
Wasser	100	110	120
Österreichische Zigaretten	100	110	120
Amerikanische Zigaretten	100	110	120

Preise berücksichtigt, sondern auch die Einkaufspreise der Waren. In dem Artikel der Zeit mit dem Titel "Österreich: Realeinkommen der Arbeiter und Angestellten" wird auf diesen Punkt hingewiesen. Die Ertragsausichten für die nächsten Monate sind als "sehr optimistisch" bezeichnet. Der Preisindex der industriellen Erzeugnisse ist im Vergleich mit dem Preisindex der Konsumgüter gestiegen.

Wenn man von der Entwicklung der Wirtschaft Österreichs betrachtet, so sind zwar die offiziellen Lebenshaltungskosten, heißt es in dem Bericht, im Vergleich mit dem Preisindex der industriellen Erzeugnisse gestiegen, jedoch die Lebenshaltungskosten für Arbeiter und Angestellte im Vergleich mit dem Preisindex der industriellen Erzeugnisse gestiegen. Daraus ergibt sich der Eindruck, daß das Realeinkommen der Arbeiter und Angestellten gestiegen ist. Die im November 1947 mehr als 3% ihres Einkommens für Zukäufe auf dem Schwarzmarkt verwendet haben. Der Verfasser behauptet, daß sich der Gesamtwert der Konsumgüter im Vergleich mit dem Preisindex der industriellen Erzeugnisse im August 1947 bis März 1948 um etwa 30% vermindert habe, wobei der Preisindex der industriellen Erzeugnisse im selben Zeitraum nur um 10% gesunken sei. Hierbei wird die Minderungen des Gesamtverbrauches auch betrachtet, und zwar stieg, dem

Warenname	1938	1947	1948
Weißes Mehl	100	110	120
Schwarzes Mehl	100	110	120
Weißes Brot	100	110	120
Schwarzes Brot	100	110	120
Brot	100	110	120
Schokolade	100	110	120
Rindfleisch	100	110	120
Schweinefleisch	100	110	120
Phosphorsäure	100	110	120
Chinosäure	100	110	120
Zucker	100	110	120
Milch	100	110	120
Öl	100	110	120
Münchener Bier	100	110	120
Wasser	100	110	120
Österreichische Zigaretten	100	110	120
Amerikanische Zigaretten	100	110	120

den könnte, wenn die deklarierten Lohnsummen der Arbeiter und Angestellten für Lebensmittel, die über das Arbeitslosengeld hinausgehen, mit dem Preisindex der Konsumgüter verglichen werden. In Wien wird eine bekannte Nationalzeitung, die "Berliner", vor dem Mut auf dem Schwarzmarkt den Todsünde zu verurteilen. Er kann niemals ein Polizeiwort werden, sondern nur mit einem steigenden Angebot auf dem legalen Markt wirklich wirksam bekämpft werden. Wenn wir aber den Verkauf von Lebensmitteln aus Überkontingenten neben den normalen Lebensmitteln auf Karten gestatten, so würde diese Maßnahme nicht nur dem Schwarzmarkt einen Stoß versetzen, sondern in erster Linie den Konsumern nützen und die Preise innerhalb kurzer Zeit unwesentlich herabdrücken.

Einmalige österreichische Subventionen. Wien, Durch das Finanzministerium der Nationalbank angenommen ist, "Schwarzeinkaufspreise" wird der Finanzminister ermächtigt, bis Ende September Subventionen in der Höhe von 200 Mill. S auszuschütten. Diese Subventionen sollen die Einkommensteuer der Arbeiter und Angestellten für die nächsten Monate senken. Die Subventionen sollen die Einkommensteuer der Arbeiter und Angestellten für die nächsten Monate senken. Die Subventionen sollen die Einkommensteuer der Arbeiter und Angestellten für die nächsten Monate senken.

Rußland in Nickel autark?

Vorkommen im Ural, auf der Tajmir- und Kolahalb Inseln und in Petaamo

Von einer Zelle wurde ein Moskauer

gemeldet, daß zentralisierte Kreise erklärt hätten, die Sowjetunion habe ihre Nickelindustrie weiterentwickelt, daß keine Einfuhren mehr benötigt würden. Damit wäre die Sowjetunion neben Kanada das einzige Land, das in der Nickelversorgung unabhängig wäre.

Wie weit diese Meldung zutreffend ist, ist natürlich bei dem Schmet, der bereits über das wirtschaftliche Geschehen in der Sowjetunion berichtet wird, nicht zuverlässig zu beurteilen. Die Möglichkeiten der sowjetischen Nickelindustrie, die zu den jüngsten Industriestufen der Sowjetunion gehört, sind jedoch durch die Erwerbung der finnischen Nickelvorkommen von Petsamo bedeutend größer geworden. Die International Nickel Co. of Canada, die eine Konzession auf die Petsamovorkommen hatte, hat jetzt bekannt gegeben, daß sie für ihren Anteil an der Grube bisher von der Sowjetunion 10.000 Mill. Dollar erhalten hat, und daß noch 3.500 Mill. Dollar in acht gleichen Raten bis zum 11. 11. 1949 zu zahlen sind.

Eine erste Nickelergänzung wird für die Sowjetunion für das Jahr 1954 angegeben und zwar wurde sie offiziell mit 600 t genannt. Spätere Zahlen sind nicht mehr veröffentlicht worden, doch ist die Entwicklung der Erzeugung nach Schätzungen von nachverfügbaren Daten vor dem Krieg auf etwa 30.000 t Reine Nickel geschätzt. 12.000 t Reine Nickel sollten im Ural vorkommen, von denen etwa 10.000 t Reine Nickel enthalten sein sollen. Die weiteren Vorkommen sind: Der Ort Kirawa im Ural, dessen Vorkommen die Reine Nickel-Produktion betragen sollte. An den Abhängen des Sibirial wurden dann vor dem Krieg noch weitere Vorkommen aufgefunden, und die Erzeugung eines Nickelkonzentrates bei Kiperaj war geplant, ist aber wohl durch den Krieg nicht mehr zur Durchführung gekommen.

Im südlichen Teil der Tajmir-Halbinsel befinden sich die Vorkommen von Norkel, die auf etwa 200.000 t Reine Nickel geschätzt werden. Der Ort Kurva vor dem Krieg bezugsnehmender Bau einer Nickelmine, die eine Kapazität von 10.000 t haben sollte, dürfte durch den Krieg zumindest sehr verzögert werden sein.

Die auf der Kolahalb Insel in großen Mengen aufgefundenen Nickelvorkommen waren vor dem Krieg nicht vollständig erforscht. Es handelt

sich wie in Finland um Kupfer-Nickelerze mit etwa 48% Ni. Auf ihnen wurde 1934 mit dem Bau des Kupfer-Nickelkonzentrats Montierungen begonnen, dessen Fertigstellung mit einer Leistungsfähigkeit von 10.000 t für Anfang 1939 erwartet wurde.

Die Sowjetunion ist unzweifelhaft reich an Nickelvorkommen. Ihre Ausbeute und Verwertung ist aber neueren Datums, und es ist anzunehmen, daß die Kriegsjahre eine bedeutende Verlangsamung der Entwicklung mit sich gebracht haben.

Weitläufig günstiger für die Sowjetunion ist die Erwerbung der Nickelvorkommen von Petaamo in Finland, die im Jahre 1933 zwischen dem RS und der Sowjetunion aufgefunden wurden, und für deren Ausbeute die "Petaamo Nickel Oy" von der englischen Mond Nickel Co., einer Tochtergesellschaft der International Nickel Co. of Canada gegründet wurde. Die Konzerngesellschaft rechnet mit einer Erzeugung von 100.000 bis 200.000 t im Jahr, und der Ausbau der Grube wird bereits vollendet, als der erste finnisch-sowjetische Krieg das Gebiet von Petaamo zum Kriegszweck machte. Schon damals waren die 15 Mill. die die Mond Nickel Co. in die Erschließung der Vorkommen investiert hatte, gekürzt. Nach dem Krieg mußte Finland das Gebiet von Petaamo an die Sowjetunion abtreten, doch mußte die Sowjetunion diese Gebiete wieder aufgeben, als die Finnen zum zweitenmal in den Waffen griffen.

Das finnische Nickel hat in den Kriegsjahren bei den politischen Entscheidungen der Großmächte zweifellos eine besondere Rolle gespielt. Es stand auch nach dem letzten Krieg wieder im Mittelpunkt des Interesses. Es war schließlich kein Zufall, daß sich die Mond Nickel Co. vor dem Krieg als Inhaberin für die Ausbeutung des finnischen Nickels interessierte und bedeutende Gelder investierte. Das finnische Nickel unter englischer Aufsicht hätte die Stellung der International Nickel Co. of Canada, die praktisch bereits ein Monopol am Weltmarkt besitzt, noch beträchtlich gestärkt, was andererseits der Verlust dieses Einflusses auf lange Sicht geschadet, dessen Monopol zu gefährden geeignet ist. In der russischen Erzeugung wird den Kanadiern eine beträchtliche Konkurrenz erwachsen, wenn darüber noch viele Jahre vergehen

Weiter Hochkonjunktur in der Schweiz

Die Umsätze im schweizerischen Kleinhandel waren in den ersten vier Monaten des laufenden Jahres um 12 Prozent größer als im Vorjahr. Die Zahl der Arbeitlosen betrug Ende Mai 887 im Vergleich zu 821 am entsprechenden Stichtag des Jahres 1948. Die Maschinenindustrie hatte noch Ende des ersten Vierteljahres 1948 zahlreiche Aufträge vorliegen, die ihr für mehr als ein Jahr Arbeit sicherstellen. Dazu kommt, daß für 1948 von Delegierten für Arbeitsbeschaffung Baugewerkschaften einschließlich der Reparaturarbeiten im Werte von 2077 Mill. Fr. geplant sind. Diese wenigen Zahlen und Angaben zeigen schon, daß in der Schweiz immer noch eine Hochkonjunktur herrscht.

Abhängig ist in der letzten Zeit beim Export folgende das Devisenangebot in einer Anzahl wichtiger Absatzmärkte einer gewissen Absatzstagnation für einzelne Industrielle Erzeugnisse eingetreten. Die Metallindustrie mußte sich beispielsweise in den ersten fünf Monaten dieses Jahres im Vergleich zum entsprechenden Zeitabschnitt des Vorjahres mit einem verhältnismäßig Ausfuhrrückgang von 38,0 auf 21,5 Mill. Fr. abfinden. Hierbei ist besonders, daß England nur eine Einfuhr im Wert von 2 Mill. Fr. auf Grund der veralteten Kontingente zuließ, die bei Herabkündigung der Wertschöpfung nur etwa einem Siebentel des Vorkriegsoutputs entsprach. Trotzdem hofft die schweizerische Beschäftigungsfrage aufrecht erhalten zu können. Auch die Kolahalb Inseln hat Schwierigkeiten zu überwinden, wenn sie in den de-

Wirtschaftsleistung absetzen will. Der Verkauf von Luxusartikeln ins Ausland ist von jeher sehr krisenempfindlich und die Meldungen über Exportschwierigkeiten der Stickerei- und Schuhindustrie sind daher nicht allein tragend zu nehmen, zumal andere Zweige der schweizerischen Textilindustrie noch immer sehr gut arbeiten, wenn sie auch über allzu große Lager und über eine Verlangsamung der Auftragserteilung klagen.

Trotz der großen Produktionssteigerungen genügt die schweizerische Zementherstellung im vergangenen Jahr nicht allen Anforderungen, daher bemühen sich die interessierten Kreise Zement aus dem Ausland einzuführen. Mit Ausnahme von Belgien liegen aber die Zementpreise höher als in der Schweiz. Insbesondere war dem Import ausländischen Zementes gewisse Grenzen gesetzt.

Abschließend sei erwähnt, daß die "Helderrank Finanziers" in Anbetracht der an sie gestellten hohen Produktionsanforderungen für Aktienkapital von 3,4 Mill. Fr. auf 15 Mill. Fr. erhöht.

Schweizerische Forderungen an Währungsreform

Nach einer Mitteilung des eigenständigen politischen Departments wird es nämlich der deutschen Währungsreform bei den Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten die Erwartung aussprechen, daß bei der Durchführung der Währungsreform den belgischen Wirtschaftsinteressen in Deutschland gebührende Rechnung getragen werde. Es wird insbesondere verlangt, daß die der Schweiz

aus den schweizerisch-deutschen Staatsverträgen zustehenden Rechte respektiert und daß die in der Schweiz liegenden Reichsmarknoten gegen die neue Währung umgetauscht werden.

Die schweizerische Bankiervereinigung in Basel hat alle in der Schweiz wohnhaften Besitzer aller deutscher Banknoten aufgefördert, diese bis spätestens zum 28. Juni 1948 bei einer schweizerischen Bank zu hinterlegen.

Erbhöhe Schweizer Zementproduktion

Wie die bekannte schweizerische "Helderrank Finanziers" Girrus A.-G., eine Dachgesellschaft, in ihrem Geschäftsbericht feststellt, war das Jahr 1947 in der Schweiz für die Baugewerbe und die Baumaterialindustrie ein Jahr der Hochkonjunktur. Die schweizerische Zementproduktion konnte ihre Produktion seit 1945 gewaltig steigern, wobei allerdings berücksichtigt werden muß, daß noch 1945 die Zementherstellung unter Kohlenmangel und Stromengpässen litt. Die Produktion der Schweiz betrug 24.000 t im Jahr 1947 und 1948 26.000 t Zement. Die Produktionsleistung macht demnach rund 50 Prozent im letzten Jahr im Vergleich zu 1947 aus.

Nur infolge dieser großen Zementproduktion ist es in der Schweiz möglich gewesen, den Anstößen der gewaltig gestiegenen Wohnungs- und Kraftwerksbau zu genügen. Das Wohnungsbauprogramm für 1947 ist sogar in der Praxis noch übertroffen worden; auch im laufenden Jahre wird über eine in erster Linie Zement für Wohnungsbau und die Herstellung von Kraftwerken zur Verfügung gestellt.

Weltmeinung

Skepsis gegenüber der Deutschen Mark

Die Weltpresse befaßt sich ständlich ausführlich mit der deutschen Währungsreform. In der vorigen Ausgabe haben wir bereits eine Reihe von englischen und amerikanischen Blättern zitiert. Heute bringen wir zunächst zwei Berichte aus Schweizer Zeitungen, aus denen die starke Skepsis gegenüber der Deutschen Mark hervorgeht. Auch das „Daily Telegraph“ und die „Times“ lassen wir noch einmal zu Wort kommen.

Finanz und Wirtschaft

Die als Grenze der alliierten Militärregierungen für die drei westlichen Besatzungsmächte Deutschlands verkündete Währungsreform stellt eine Lösung dieses schwierigen finanziellen Problems dar, die man im günstigen Fall als Halbwegs-lösung betrachten darf. Es ist ein offenes Geheimnis, daß der Frankfurter Wirtschaftsrat, die 14 Experten des Komitees von Wissenschaftlern, die Landesregierungen der drei Besatzungsmächte, deren Finanzminister und zahlreiche Persönlichkeiten der westdeutschen Bankwelt übereinstimmend und vollständig die Verantwortung für die hauptsächlich von amerikanischen Seite befürwortete Lösung des Währungsproblems abgelehnt haben. Im Laufe des Sommers haben zahlreiche Politiker und Minister für ebenso zahlreiche Radiostationen ihre Kommentare zur Währungsreform abgegeben. Zu den kritischsten gehörte die Stellungnahme von Reinhold Maier, Ministerpräsident von Württemberg-Baden, der rundweg die Verantwortung ablehnte. Am ersten Währungswechsel muß auffallen, daß die Diskriminierung der deutschen Währung unverändert fortgesetzt wird. Die alliierten und deutschen Behörden haben zwar eine Lockerung der Warenbewirtschaftung angekündigt, aber auch künftig werden die deutschen Zahlungsmittel nur in Verbindung mit Scheck- und Zahlungsmitteleinlagen, wie Lebensmittelpapieren, Textil- und Schuhpapieren, Lizenzscheinen, Kontingentsanweisungen und Warenbescheinigungen, legalen Kaufkraft beizulegen. Nur für vereinzelte Warenkategorien ist die Aufhebung der Bewirtschaftung vorgesehen; wenn man aber nicht riskieren will, daß sich die Produktion unter Minderung der lebenswichtigen Bedürfnisse von Wirtschaft und Bevölkerung auf diese „freien“ Kategorien stützt, wird man die Verwendung der auch weiterhin knappen Rohstoffe, von Produktionsmitteln und Arbeitskraft konsequenter ausnützen. Nachdem ferne die wichtigsten Lebensmittel, wie Getreide und Fett, statt rationiert bleiben, sowie die wichtigsten industriellen Rohstoffkategorien nicht einmal das mengenmäßige Minimum erreichen, wird man mit Sicherheit damit rechnen müssen, daß die aus der Restrukturierung herauskommene Nahrungsindustrie, sobald sie weit überzählige Mengen auf dem freien Markt gehandelt werden, über aber, falls man das indirekte Kontingentsystem anwendet, wiederum im Schwarzhandel verschwinden. Die einzig richtige Lösung, durch bedeutende vermehrte Importe eine ausreichende Nahrungsmittelversorgung herzustellen, ist überhaupt nicht in Betracht gezogen worden.

deutet insofern einen kleinen Fortschritt, als die alte Reichsmark nur im Außenhandelsverkehr zu diesem Kurs bewertet wurde. Im übrigen aber 18 Reichsmark für einen Dollar bezahlt werden mochten. Auf dem illegalen Devisenmarkt wurde der Dollar mit rund 200 Reichsmark gehandelt, wobei bemerkenswerterweise der Schweizerfranken bei einem Kurs von etwa 60 Reichsmark ein beachtliches Agio gegenüber dem Dollar erzielte. Die Ein- und Ausfuhr der neuen deutschen Zahlungsmittel ins Ausland bleibt verboten und deshalb kann mit Sicherheit vorausgesehen werden, daß illegal ausgeführte Deutsche Mark auf dem freien ausländischen Devisenmärkten mit kräftigem Disagio gehandelt werden, welches man in Fachkreisen auf mindestens 25-30% schätzt.

Die dritte Hypothek, welche auf der neuen deutschen Währung lastet, ist in der Währungsdeckung zu erblicken. Im Hinblick auf den Marshall-Plan und den revidierten deutschen Industrieprogramm waren die deutschen Industrie- und Finanzkreise der Meinung, man sollte die Währungsreform so lange verschieben, bis der Produktionsstand von 1938 erreicht wäre. Das hätte planmäßig im Jahre 1950/51 der Fall sein können. Auf die Trizese bezogen und auf Basis der Preise von 1936 hätte dann der Wert der Industrieproduktion um 50 Mrd. Mark anzuwachsen müssen und das hätte mit dem von der amerikanischen Militärregierung für die neue Währung in Aussicht genommenen Zahlungsmittelstand von zwischen 2% und höchstens auf 4% Milliarden Deutsche Mark ansteigend übereingestimmt. Durch ein solches Vorgehen wäre die deutsche Industrie in den Stand gesetzt worden, ihre höchsten Mittel für Reparaturen und Ersatzanfertigungen zu verwenden. Dem Geldmangel sind durch die Währungsreform vermindert worden. In den Industriezentren herrscht schwere Sorge über die künftigen Finanzierungsmöglichkeiten, denn einmal würden nur „lebenswichtige“ Betriebe Kredite bekommen, zum anderen werden sie auf längere drei Monate gegen Hinterlegung echter Handelswechsel gesichert werden und schließlich würden die Zinssätze zwischen 3-10% p.a. für deutsche Verhältnisse sehr teuer sein. Ganz abgesehen davon wird eine solche Kreditkontrolle ausgeübt werden. Die schließlich das Lohn- und Preisniveau gemäß dem Währungsreformplan, ist es fraglich, ob die Produktion von genügendem Interesse daran findet, ihre Leistungsfähigkeit zu steigern. Selbst wenn die Steuerreform etwas Abhilfe bei den überhöhten Steuerlasten bringen sollte, wird sich die Finanzindustrie, die sich die deutschen Produktionskräfte, vor allem nicht abwärts, sondern eher zu steigern.

Eine wichtige Belastung der neuen deutschen Währung bildet sich in der Finanzierung der öffentlichen Hand. Als Folge der allgemeinen Verarmung und der Steuerreform werden die öffentlichen Haushalte dringlich erfordern. Andererseits haben die Industrie- und Gewerkschaften und der öffentlichen Verwaltung verarmt. Bei Ländern und Gemeinden lassen sich durch Abzug der überbestehenden Bürokratie wohl einige Einsparungen erzielen. Es ist aber durchaus fraglich, ob diese Einsparungen so groß sind, daß sie zugleich den Steuerertrag und die darauf ansetzenden Sozialausgaben zu kompensieren vermögen. Jedenfalls rechnen die Finanzexperten der Länder und Gemeinden mit einer starken Verschuldungsneigung. Das bedeutet in concreto die Inanspruchnahme von Krediten bei den Landesregierungen und der Bank Deutscher Länder. Wiederum werden öffentliche Hand und private Industrie um die Finanzierung von Zentralbank-Krediten in Konkurrenz treten. Es ist fraglich, daß die öffentliche Hand für ihre unproduktiven Zwecke Kredite nach dem Prinzip der „Politik des billigen Geldes“, also zu nied-

erigem Zinssatz, erhalten wird, wogegen man der produktiven Wirtschaft in Form der Diskontierung einer Kreditlinie zuzunehmen beabsichtigt. Werden diese Pläne tatsächlich durchgeführt, so wird die Produktion nur langsam ansteigen, aber die Verschuldung um so stärker zunehmen. Die Folgen einer derartigen Kreditanbahnung ohne ausreichende Währungsdeckung sind aus der jüngsten Vergangenheit allen bekannt, als daß man sie im einzelnen noch beschreiben möchte.

Neue Zürcher Zeitung

„Die innere Kaufkraft der neuen Währung wird ausgedrückt von drei Faktoren bestimmt: der Produktivität der deutschen Wirtschaft, deren Hebung die Währungsreform zur Voraussetzung hat, der Wirtschaft und Finanzpolitik und schließlich auch noch von der Hilfe der Besatzungsmächte, das heißt von dem ERP. Wenn aus dem Preis- und Lohnniveau durch die Währungsreform nicht tangiert werden soll, so dürfte doch sehr bald die Lohn-Preis-Spirale in Bewegung geraten. Insbesondere in den von der Bewirtschaftung und Preiskontrolle mit starker Wirkung betroffenen Gütern ist ein Auspendeln der Preise zu erwarten, wobei allerdings der Befriedigung des gewaltigen Bedarfs schon allein durch die deutsche Regierung das Geldmangel eine Grenze gesetzt sind. Zur Bewertung der äußeren Kaufkraft der Deutschen-Mark gibt das erste Währungsgesetz keine Anhaltspunkte.“

„Nach Äußerungen eines britischen Finanzexperten wird die Währungsreform wie eine Bombe auf die Struktur der westdeutschen Wirtschaft niederknallen. Aber der Staat und der Staatsschatz haben werden, wird sich ein neues Verhältnis zwischen Preisen und Löhnen einstellen. Durch die Abwertung soll das Geld genau so rar werden wie die Lebensmittel, so daß es wieder einen Wert bekommt, für den zu arbeiten sich lohnt. Allerdings ist anzunehmen, daß Westdeutschland sich nicht vor Ende dieses Jahres von dem wirtschaftlichen Wirrwarr erholen wird. Die deutschen Behörden bedürfen ein starkes Anzeichen der Arbeitslosigkeit in Zukunft und sind in Sorge um die Millionen deutscher Flücht-

The Times

„Die deutschen Wirtschaftsführer sind sich darüber einig, daß der Erfolg der Währungsreform vom Produktionstempo für Verbrauchsgüter abhängt. Man hofft, daß das ERP, zur Beschleunigung der Produktion beitragen wird. Das erste Ziel bis drei Wochen werden wahrscheinlich mit Hilfe der alliierten Währungsüberträge werden können. Bis jetzt auf dem Markt gewarten werden, weil die Verkäufer das neue Geld dringend brauchen. Andererseits ist nach Ansicht deutscher Wirtschaftskreise die Konvertierungsrate von 1:18 unzulässig hoch. Man befürchtet, daß die Folge Prohibitivpreise für deutsche Produktion auf dem Weltmarkt sein werden.“

„Die deutschen Wirtschaftsführer sind sich darüber einig, daß der Erfolg der Währungsreform vom Produktionstempo für Verbrauchsgüter abhängt. Man hofft, daß das ERP, zur Beschleunigung der Produktion beitragen wird. Das erste Ziel bis drei Wochen werden wahrscheinlich mit Hilfe der alliierten Währungsüberträge werden können. Bis jetzt auf dem Markt gewarten werden, weil die Verkäufer das neue Geld dringend brauchen. Andererseits ist nach Ansicht deutscher Wirtschaftskreise die Konvertierungsrate von 1:18 unzulässig hoch. Man befürchtet, daß die Folge Prohibitivpreise für deutsche Produktion auf dem Weltmarkt sein werden.“

Daily Telegraph

„Die deutschen Wirtschaftsführer sind sich darüber einig, daß der Erfolg der Währungsreform vom Produktionstempo für Verbrauchsgüter abhängt. Man hofft, daß das ERP, zur Beschleunigung der Produktion beitragen wird. Das erste Ziel bis drei Wochen werden wahrscheinlich mit Hilfe der alliierten Währungsüberträge werden können. Bis jetzt auf dem Markt gewarten werden, weil die Verkäufer das neue Geld dringend brauchen. Andererseits ist nach Ansicht deutscher Wirtschaftskreise die Konvertierungsrate von 1:18 unzulässig hoch. Man befürchtet, daß die Folge Prohibitivpreise für deutsche Produktion auf dem Weltmarkt sein werden.“

Reiches Kanada unter Dollarmangel

Zwang zur Industrialisierung

Kanada mit einem zwölf Millionen Einwohner bei einer Fläche, die die der USA übertrifft, gehört wirtschaftlich gesehen zu den wohlhabendsten Ländern der Welt. Es ist eine Weltkammer, reich an Rohstoffen, an Industrie, dabei treibt es einen lebhaften Handel. Der Krieg hat das ohnehin schon aufblühende Land weiter gefördert. Heute hat es aber auch so Schwierigkeiten zu kämpfen, die es jedoch im Gegensatz zu Europa aus eigener Kraft überwinden kann.

Die eine Sorge, die die kanadischen Staatsminister bewegt, sind die steigenden Preise. Der Index der Großhandelspreise wurde für Januar 1948 mit 124 erreichte (1937 = 100). Im Februar 1948 stand er bereits auf 174. Dabei sind die Preise der Nahrungsmittel mehr als die der industriellen Erzeugnisse angesetzt. Die Löhne und Gehälter sind nicht in gleichem Maße gestiegen, so daß seit Februar 1948 eine wachsende Diskrepanz zwischen Preisen und festem Einkommen besteht, deren Kaufkraft mehr und mehr sinkt. Während der Wochenverdienst eines Industriearbeiters im Januar 1948 mit 28 Dollar angegeben wird, betrug er im Februar 1948 auf 37,20 Dollar. Inzwischen ist der Preisanstieg in Kanada kleiner als in den europäischen Ländern, ja selbst in den USA; trotzdem hat natürlich die kanadische Regierung Maßnahmen zur Preisbegrenzung ergriffen.

Das Hauptproblem ist indessen auch für Kanada der Dollarmangel. Dabei sind die USA die Hauptlieferanten Kanadas, dessen Handelsbilanz gegenüber den USA ein wachsendes Defizit aufweist. 75 Prozent der kanadischen Einfuhr kamen noch 1947 aus den USA, die andererseits nur etwa 40 Prozent der gesamten Einfuhr Kanadas aufnahmen. Die USA können vor allem nach Indien, Kanada und Südamerika gegenüber den USA ist ständig im Wachstum begriffen. 1947 machte er 327 Mill. und 1947 mehr als das Doppelte, nämlich 1128 Mill. Dollar aus. Trotzdem wird die Lage Kanadas, weil es alljährlich einen beträchtlichen Betrag von Zinsen für die von den USA investierten Kapitalien entrichten muß, handverlesen sich dabei um ein Gesamtdéfizit von 603 Mill. Dollar im Jahre 1948 und um 1128 Mill. Dollar im Jahre 1947. Wie soll Kanada diese Schulden bezahlen?

Zunächst hat das Land bedeutende Gold- und Devisenreserven. Es hat auch seine Goldproduktion zu erhöhen versucht, da es über die britische Commonwealth der Welt verfügt. 1945 Erzeugung 162 dt, die USA 1939 dt. Die Lieferungen Kanadas an Länder mit weicher Währung sind zur Behebung seiner Dollarschulden nutzlos. Aus Ländern mit diesen Währungen erhielt Kanada 1947 nur Beträge im Werte von 287 Mill. USA-Dollar, 1947 haben Großbritannien und die europäischen Staaten für kanadische Waren Summen in Höhe von 628 Mill. Dollar bezahlt. Bei einer Schuld, die um Warenexporte eine Höhe von 145 Mill. Dollar erreicht.

Indisches Manganerz für die USA-Stahlindustrie

Eines der wichtigsten Ausfuhrer Wie berichtet wird, hat sich die indische Regierung zu besonderen Transporterleichterungen für die Ausfuhr von Manganerz nach den USA und anderen Ländern mit harter Währung entschlossen. Diese Meldung übertrifft nicht unbedingt Indien, das gegenwärtig bemüht ist, eine Erhöhung der Produktion in 45 Industriezweigen durchzusetzen, und dafür einen Dreijahresplan aufgestellt hat, befristet in der kommenden Zeit große Mengen von Metallen, Halbfabrikaten, Chemikalien usw., die zum größten Teil durch Einfuhr beschafft werden müssen. Obwohl Indien ja den meisten Bergbauerzeugnissen der Erde genügt, hat doch nur der Manganerzbergbau, der bedeutendsten neben dem Kohlenbergbau, einen solchen Umformungsplan. Die indische Regierung der Lieferant der Stahlindustrie der Welt war, indem sie vor dem Krieg etwa 35% der Weltproduktion gegen 20%, die auf die Sowjetunion entfielen, doch war die Bedeutung des sowjetischen Manganerzes schon vor 1938 infolge des schnell steigenden Eigenbedarfes der nach wachsenden Stahlindustrie der Sowjetunion für den Weltmarkt gesunken. Betrag der Ausfuhr nach Rußland 1913 87% der Förderung, so war er bis 1938 auf 15% gesunken. Damit hatten sich die Exporteinsteuern des indischen Erzes nach 1938 bedeutend erhöht. Die Förderung in Indien belief sich 1938 auf etwa 200% des Eigenbedarfs. Von der indischen Ausfuhr ging 1938 jedoch nur etwa 12% nach USA. Im Jahre 1932 wurde der Hafen Visakhapatnam eröffnet, so daß der Transport, der nach den bisherigen Ausfuhrorten Kalkutta und Bombay 800 bis 1100 Kilometer betrug, bedeutend abgekürzt werden konnte, was die Konkurrenzfähigkeit des indischen Erzes am Weltmarkt erheblich steigern mußte sich nach der hohen Seefrachten im Wettbewerb mit dem westafrikanischen und brasilianischen Erz in der Ausfuhr nach USA abfinden mußte. Der hohe Manganerzbedarf der USA-Stahlindustrie während des Krieges hat dann dem indischen Erz den amerikanischen Markt geöffnet. Die USA-Einfuhr aus Indien stieg von 1937/38 t. im Jahre 1946 auf nicht weniger als 278 235 t. im Jahre 1945. Sie sank dann allerdings 1946 auf den zurückgegangenen Einfuhr der USA auf 222 802 t. und betrug 1947 211 492 t. Die indischen Manganerze, von hoher Qualität, stellen heute eines der wichtigsten Ausfuhrerzeugnisse des Landes und eine politische Spannung zwischen der Regierung und den USA lassen die Aussichten für die indische Manganerzexporte nach USA in einem günstigen Licht erscheinen, um so mehr, als die USA knapp an diesem wichtigen, strategisch bedeutsamen Rohstoff sind, der in das Stockpiling-Programm einbezogen ist.

Neue England-Rußlandgespräche

London. Nach einer Mitteilung des Handelsministers Harold Wilson wird der nächste englisch-russische Warenaustausch eine weit größere Anzahl von Artikeln umfassen als bisher. Die Sowjetunion habe die Einbindung Großbritanniens zur Aufnahme von Handelsbeziehungen günstig aufgenommen, so daß die Gefahr einer teilweisen Aufhebung des englisch-russischen Handelsvertrages von Dezember nun als beseitigt angesehen werden könne.

Handelsbeziehungen zu Israel

London. Gut unterrichtete Londoner Kreise erklären, daß Großbritannien gute Handelsbeziehungen mit Israel wünscht, doch dürfe es nicht gewarnt sein, seine Einfuhr aus Israel in Dollar zu bezahlen. Amtrische jüdische Kreise seien sich aber noch nicht einig, ob Israel den Sterlingerwerb dem Dollarbesitz bevorzugen soll.

Noch 19 000 Privatbetriebe in Polen

Warschau. Die polnische Privatindustrie zählte schätzungsweise noch 19 000 Unternehmen mit rund 200 000 Arbeitern. Am wenigsten wurde bisher von der Volkswirtschaft die Milchindustrie betroffen, wo noch 25 000 Arbeiter beschäftigt werden. Die private Nahrungsmittelindustrie umfaßt noch 1 234 Unternehmen mit rund 1 000 Personen. Die private Bauwirtschaft beschäftigt noch 8 000 Personen. In der Metallindustrie und in der Elektroindustrie sind die Privatbetriebe nur noch 20 000, in der Holzindustrie etwa noch 15 000 Betriebe. Die private Textilindustrie zählte 1390 Betriebe mit 7 300 Mann Belegschaft. Die Konfektionsindustrie umfaßt 418 Betriebe mit 10 000 Personen.

Der Wirtschaftspoker für 1948

Warschau. Im polnischen Wirtschaftspoker für 1948, dem dritten Jahr des polnischen Dreijahresplanes, sind auf allen Gebieten beträchtliche Produktionssteigerungen vorgesehen. Gegenüber 1947 sollen die Erhebungen betragen: Staatliche Industrieproduktion 21 bis 22%, Rohabfall 20%, Walzwerkserzeugnisse 12%, Elektroindustrie 20%, Superphosphat 20%, Stickstoff 12%, Baumwollgewebe 17%, Seiden-

Neue Ozeanlinie in Südengland

London. Die Anglo-Iranian Oil Co. will vorübergehend der Küstenregion der englischen Regierung — in Südengland eine Ozeanlinie für 30 Mill. Lit. errichten und zu diesem Zweck 200 Arbeiter einstellen.

Einstellung von 61 auf Kette

Vor zwei Jahren haben sich zahlreiche britische Industrieunternehmen von Kohlenförderung auf Ozeanlinie umgestellt. Diese Umbauten kosteten damals über 12 Mill. Lit. Heute steht sich Großbritannien einer schweren Krise gegenüber, so daß die Industrie und die Regierung sich mit dem Gedanken tragen, ihre Kette neuerlich für Kohlenförderung umzubauen.

Ein Sprecher des zentralen Planungsamtes in Warschau

Ein Sprecher des zentralen Planungsamtes in Warschau teilte mit, daß Polen die gesamte Verbrauchsgüterbewirtschaftung bis Ende 1948 aufheben werde.

Die ersten polnischen Lastkraftwagen

Warschau. Die ersten in Polen hergestellten Lastkraftwagen sollen noch in diesem Jahr die Fabrik verlassen. Sie handeln sich um einen 3½-Tonner mit 85 PS, von dem zunächst 1 500 Stück hergestellt werden. Die Produktion soll jedoch auf 10 000 Wagen jährlich gesteigert werden.

Fördererfordern im Steinkohlebergbau

Warschau. Mit einer Förderung von 1 250 kg je Mann und Schicht wurde ein neuer Fördererfordern aufgestellt. Im Steinkohlebergbau von Dombrowa wurden in der ersten 15 Juniagen 22 000 t Steinkohle gefördert.

NEO-CHEMIE NOLL & CO.
NCN-Universalkleber
NCN-Gewebekleber
NCN-Pasolit
NCN-Münchener Schreinerleim
NCN-Münchener
NCN-Fluorid

BROLA-WERK
BRÜCKENBAU
BRÜCKENREPARATUR
BRÜCKENRESTAURATION
BRÜCKENVERLEGEREI
BRÜCKENREINIGUNG

ROTO
Vervielfältiger
ROTO WERKE AG.
Königsplatz

JAB-CHEMIE
Ein Begriff für Lieferungen!
Färbung, Bleich, Fälschung, alle Arten Färbungsmittel, Herbschmelzen, etc.

AUSKUNFT KASINER KO.
INTERNATIONALE HANDELS-AUSKUNFT
INTERNATIONALE IN A. AUSKUNFT

NIMM
HETZEL
STEMPELKISSEN
E. Schöten & Co., Fabrik für Stempelkissen

„Wirtschaftsrevue“
Bestellschein für einen PROBEMONAT
Liefen Sie mir/uns die „Wirtschaftsrevue“ Ausg. D
Im Monat Juli *)
Lfd. n. monat. Abbestellrecht *)
zum monat. Abbestellpreis von DM 2,30
L'ECONOMIE CONTINENTALE (Ausg. F) *) monat. 1,30
CONTINENTAL ECONOMIC REVIEW (Ausg. E) *) monat. 1,30
*) Nichtbestellrecht vorbehalten!

Welt-Warenmärkte

Öle und Fette schwach

Atom-Produktion aus Texas, die von der Welt...

Atom-Produktion aus Texas, die von der Welt...

Atom-Produktion aus Texas, die von der Welt...

qualität. Das Preisniveau selbst wurde als...

qualität. Das Preisniveau selbst wurde als...

Reaktion der Geldreform am Effektenmarkt

Schließung der Börsen
Mit der Bekanntgabe der Geldreform...

Atom-Produktion aus Texas, die von der Welt...

Atom-Produktion aus Texas, die von der Welt...

Atom-Produktion aus Texas, die von der Welt...

qualität. Das Preisniveau selbst wurde als...

Schließung der Börsen
Mit der Bekanntgabe der Geldreform...

Atom-Produktion aus Texas, die von der Welt...

Atom-Produktion aus Texas, die von der Welt...

Atom-Produktion aus Texas, die von der Welt...

qualität. Das Preisniveau selbst wurde als...

Schließung der Börsen
Mit der Bekanntgabe der Geldreform...

Schiffahrts-Nachrichten

HOLLAND
Für die N. V. Nederlandsch-Amerikaansche
Schiffahrt-Maatschappij, 'Nedam-Amerika
Line', Rotterdam, sind folgende...

SWEDEN
Auf schwedischen Schiffen werden am 2. d.
Schiffe von einer Tonnage von 100 T.
in Bau. Weitere 100 Schiffe mit 100 T.
in Auftrag. Der Gesamtumfang beträgt...

ARGENTINIEN
Schweidische, holländische und englische
Schiffen werden in Auftrag gegeben.
Eines dieser Schiffe ist ein Tanker...

KORWEGEN
Die Reederei 'Wid. Wilhelmsen', Oslo und
Trondheim, hat die 'Korwee' von...

SWEDEN
Auf schwedischen Schiffen werden am 2. d.
Schiffe von einer Tonnage von 100 T.
in Bau. Weitere 100 Schiffe mit 100 T.
in Auftrag. Der Gesamtumfang beträgt...

ARGENTINIEN
Schweidische, holländische und englische
Schiffen werden in Auftrag gegeben.
Eines dieser Schiffe ist ein Tanker...

Auslandsbörsen

NEW YORK, 26. Juni.
Die Börse hat heute einen ruhigen Verlauf...

Was nimmt und bringt Ihnen die Währungsreform? Wann und womit bezahlen Sie? GUTHABEN und FORDERUNGEN wert? Welche VERPFLICHTUNG IN ALTEM U. NEUEM GELD haben Sie? Wie können Sie IHR GESCHAFT IM UBERGANG weiterführen? STELLEN SIE UNS IHRE FRAGEN. Senden Sie uns den umstehenden Ausschnitt ausgefüllt als Drucksache. Wir werden uns bemühen, Ihnen schnell, zuverlässig und ausführlich in unserer Zeitung auf Ihre Fragen zu antworten.